

Die katholische Schule in Linden

Mit dem Wachsen der katholischen Gemeinde in Linden, nahm naturgemäß auch die Kinderzahl zu. Da die Schulen in Hannover noch nicht unter städtischer Regie standen, sondern zu den jeweiligen Kirchengemeinden gehörten, war die Unterhaltung der Schulen auch eine besondere schwere Belastung der Gemeinden. Pastor Henniges gibt in der „Hannoverschen Volkszeitung“ unterm 22. Dezember 1898 eine kleine Übersicht über die derzeitigen Schulverhältnisse in Linden:

„Die Einwohnerzahl unserer Stadt beträgt nach der kürzlich beendeten Personenstandsaufnahme zurzeit 46000. Im Jahre 1823 zählte das damalige Dorf Linden 1600 Seelen und hatte 1885, ein Jahr nach Erhebung zur Stadt, 25000 Einwohner. In Jahresfrist wird Lindens Einwohnerzahl 50000 überschritten und sich damit in dem kurzen Zeitraum von 15 Jahren verdoppelt haben. Die Zahl der Katholiken beträgt ein gutes Sechstel der Gesamteinwohner und hat mit der raschen Entwicklung der Stadt gleichen Schritt gehalten. Im Jahre 1874, wo die St. Godehardskirche gebaut wurde, zählte die katholische Gemeinde in Linden 1700 Seelen mit 260 Schulkindern, jetzt 8000 Seelen und bald 1200 Schulkinder. Zu Ostern 1899, wo die Zahl der Schulkinder 1240 betragen wird, werden zwei neue Schulklassen eingerichtet werden, sodass wir alsdann 20 Schulklassen mit 10 Lehrern und 10 Lehrerinnen und 1 Handarbeitslehrerin haben werden. Die jetzige Kirche, welche etwa 1200 Menschen fassen kann, wird allein von den Schulkindern ausgefüllt, sodass für dieselben schon seit ein paar Jahren besonderer Gottesdienst an den Sonn- und Festtagen gehalten werden muss. Trotzdem bleibt die Kirche für die Erwachsenen unzureichend, sie stehen bei den Hauptgottesdiensten zu allen Türen hinaus und viele bleiben infolgedessen überhaupt zu Haus. Der Bau einer zweiten Kirche wird von Jahr zu Jahr dringender.

Dieselbe Zeitung schreibt unterm 7. Oktober 1899 nochmals über den Schulbau:

„Bis zum 1. April 1877 hatten die katholischen Kinder Lindens die katholische Pfarrschule in Hannover besuchen dürfen. (Anm. Es handelt sich hier um die kath. Schule bei der St. Clemenskirche) Jetzt aber zwang die Überfüllung dieser Schule und die trotz der Schulsteuer nicht endenden finanziellen Schwierigkeiten den Schulvorstand, die langwierigen Verhandlungen wegen Übernahme der katholischen Schule seitens der Stadtverwaltung endlich zum Abschluss zu bringen. Deshalb mussten die Lindener katholischen Schulkinder die demnächst städtische katholische Bürgerschule verlassen und die katholische Filialgemeinde in Linden war gezwungen nach Empfang einer Abfindungssumme von 3000 Mark und einer Jahresrente von 80 Mark, für ihre Schulkinder eigene Schulräume zu beschaffen und eigene Lehrer bzw. Lehrerinnen anzustellen. Wie früher der erste gottesdienstliche Raum weder seiner Würde, noch dem räumlichen Bedürfnissen entsprach, so waren auch die ersten Schullekale für die vorhandenen 380 Schulkinder auch bei den bescheidensten Ansprüchen nichts weniger als angemessen. Eine Tischlerwerkstätte und eine Wagenremise waren neben anderen ähnlichen Räumen zu Klassenzimmern eingerichtet. Indessen tröste man sich mit der Erwartung eines prächtigen Schulhausbaues in der Kaplastraße, wozu bereits ein Platz für 6000 Mark von dem Geheimrat Baron von Alten gekauft war. Der Schulhausbau wurde bis zum 1. April 1878 vollendet und hatte 69000 Mark gekostet. Die ersten Lehrer der katholischen Schule Lindens seit dem 1. April 1877 waren die Herren Gieseke und Gassmann; die ersten Lehrerinnen Fräulein Gläse und Liebergessel und nach der letzteren Abgang folgte ihr am 1. Oktober 1877 Fräulein Hartmann und am 1. Mai 1878 kam als fünfte Lehrkraft Fräulein Schumacher hinzu.“

Eine Woche später, am 14. Oktober 1899 gibt die „Hannoversche Volkszeitung“ einen großen Bericht über die Verhandlungen mit der Stadt wegen der Übernahme der katholischen Schule in die Stadtverwaltung:

„Das rasche Wachstum der katholischen Gemeinde in Linden hatte naturgemäß die stete Vermehrung der Schulklassen zur Folge, so dass die 1881 vorhandenen 5 Schulklassen nach wenigen Jahren sich verdoppelt hatten. Das aufkommende Schulgeld und der Ertrag der Miete einiger Wohnräume im Schulhause war bei weitem nicht hinreichend auch nur die damals noch bescheidenen Lehrergehälter zu decken, geschweige den die jährlichen Zinsen der auf der Schule lastenden Schulden aufzubringen. Zwar hatte der damalige Gemeindevorstand Lindens, welcher die lutherische Pfarrschulen daselbst vollständig unterhielt, dagegen zum Unterhalte der katholischen Schule nur den geringen Zuschuss von jährlich 600 Mark leistete, den letzteren auf eine entsprechende Vorstellung des Pastors von 1882 um 100 Mark erhöht; allein das war im Vergleiche mit den wirklichen Bedürfnissen nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Sollten die laufenden Ausgaben bestritten werden und keine Insolvenz eintreten, so war man gezwungen, sich an die königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, mit der dringenden Bitte zu richten, dass dieselbe aus Staatsmitteln durch außerordentliche Beihilfen unsere Schule zu Hülfe komme. Diese für Nötfälle vorhandenen

Staatmittel sind allerdings schwer flüssig zu machen und es hat in den achtziger Jahren viele Bittgesuche gekostet, um die Schule finanziell über Wasser zu halten. Ja es kam vor, dass bei vergeblichen Gesuchen der Schulvorstand schließlich die Bitte stellte, Königliche Regierung möge bei etwaigem Mangel an eigenen Mitteln dem katholischen Schulvorstande geneigtest gestatten, dass derselbe nunmehr seine finanzielle Notlage seiner Exzellenz, dem Herrn Minister für geistliche Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten unterbreite – eine Bitte, welcher selbstverständlich nicht stattgegeben wurde, die aber zur Folge hatte, dass umgehend wieder eine stattliche Staatsbeihilfe angewiesen wurde. Diese Staatsbeihilfen betragen in den letzten achtziger Jahren 6000 Mark.

Nachdem Linden am 1. April 1884 zur Stadt erhoben war, wurde vom Schulvorstande der bisher vergebliche Versuch unternommen, die städtischen Kollegien zu veranlassen, dass dieselben doch fortan für die katholische Schule wenigstens annähernd dasselbe tun möchten, was seit Jahren für die lutherischen Schulen geschehen sei. Allein man erwiderte, den lutherischen Schulen gegenüber sei man durch ein Übereinkommen vom Jahre 1859 zu den betreffenden Leistungen verpflichtet und habe durch die Mitglieder des Magistrates und des Bürgervorsteher-Kollegiums Vertreter im Schulvorstande und können die Vermögensverhältnisse kontrollieren, während letzteres gegenüber dem katholischen Schulvorstande nicht der Fall sei und überhaupt eine rechtliche Verpflichtung zur Unterstützung der katholischen Schule nicht vorhanden sei. - Später, im Jahre 1888 zeigte sich einige Geneigtheit, die katholische Schule nebst den lutherischen Schulen auf den städtischen Etat zu übernehmen, wenn die katholische Schulgemeinde das neue Schulhaus an der Kaplanstraße Nr. 26 und 27 schuldenfrei dem Magistrat übergebe. Nun aber gehörte das Schulhaus dem Bischöflichen Stuhle in Hildesheim und war lediglich der katholischen Schulgemeinde gegen einen jährlichen Betrag, der den Schuldzinsen des Schulhauses gleichkam, vermietet. Um der Forderung des Magistrates nachzukommen, hätte also die Schulgemeinde sich das Schulhaus mit den darauf lastenden Schulden im Betrage von an noch 46430,- Mark durch die Bischöfliche Behörde abtreten lassen müssen, um alsdann das Schulhaus der Stadt zu übergeben und mit den Schulden desselben die katholische Gemeinde zu belasten. Das war eine Unmöglichkeit und so wurden die Verhandlungen mit der städtischen Verwaltung wegen Übernahme der Schule als zurzeit vollends aussichtslos abgebrochen.

Inzwischen war das katholische Schulhaus bis zum dritten Stock mit Klassen gefüllt und war die kurze Spanne Zeit leicht zu berechnen, bis wann der letzte Raum im Schulhaus für Schulzwecke verwendet sein würde. Jetzt galt es also, sich schleunigst nach einem zweiten Schulhause umzusehen, um nicht später in Verlegenheit zu kommen. Da kam nicht sehr weit von der Kirche entlegen das Jacobsohn'sche Fabrikgebäude am Allerweg in Linden zum Verkauf und empfing der Pastor den Auftrag, dasselbe für den Bischöflichen Stuhl zu Hildesheim anzukaufen. Dasselbe wurde am 26. Juli 1888 für den Preis von 43711 Mark 70 Pfennig erworben und, bis es seinem eigentlichen Zwecke dienen konnte, einstweilen als Lagerraum vermietet.

So verflossen weitere zwei Jahre und bereits waren die Baupläne für das zweite Schulhaus am Allerwege angefertigt, als der katholische Schulvorstand unerwartet einen mächtigen Bundesgenossen an der Königlichen Regierung fand. Die junge Stadt begann sich bald in ihrer neuen Würde zu fühlen und beschloss die lutherischen Pfarrschulen, für welche sie alle Lasten seit Jahren trug, als städtische Bürgerschulen in ihre Verwaltung zu nehmen, um denselben gegenüber auch entsprechende Rechte zu haben. Der lutherische Schulvorstand war mit der Übergabe der Schulen an die Stadt gern einverstanden, dagegen machte die Königliche Regierung die erforderliche Genehmigung dieser Übergabe davon abhängig, dass die Stadt gleichzeitig auch die katholische Volksschule mit übernehme. Das war für den Magistrat, der bisher die katholische Schule mit einem jährlichen Zuschuss von 1000 Mark abgefunden und nun fortan die laufenden Ausgaben an Gehältern, Bau- und Reparaturen, Inventar, Lehr- und Lernmittel aufbringen und dazu das Schulhaus ankaufen sollte, gewiss keine leichte Forderung, so sehr sie auch der Billigkeit entsprach.

Die größte Schwierigkeit bot der Ankauf des neuen katholischen Schulhauses, welche mit Grund und Boden 75000 Mark gekostet hatte. Die städtischen Kollegien ermannten sich, für das Schulhaus 20000 Mark zu bieten. Ein solch niedriges Angebot, welches nicht einmal die Hälfte der noch auf dem Schulhause lastenden Schulden deckte, konnte selbstverständlich vom katholischen Vorstande nicht angenommen werden. Um aber dem Magistrate das weiteste Entgegenkommen zu zeigen, erklärte sich schließlich der Schulvorstand im Einverständnis mit der Bischöflichen Behörde bereit, das Schulhaus dem Magistrate zu übergeben, wenn letzterer die auf dem Schulhaus lastenden Schulden im Betrage von 46430 Mark am Tage der gerichtlichen Auflassung an den Bevollmächtigten des Bischöflichen Stuhles zur Auszahlung bringe.

Da hatte eine Reise des Herrn Bürgermeisters Lichtenberg nach Berlin die glückliche Folge, dass vom Herrn Minister aus Staatmitteln die von den städtischen Kollegien zum Ankauf des Schulhauses bewilligten 20000 Mark auf den Betrag der noch auf dem Schulhause lastenden Schulden erhöht wurden, und so konnte endlich am 8. Januar 1891 der Kaufvertrag des Schulhauses zwischen dem

Bischöflichen Stuhle zu Hildesheim und dem hiesigen Magistrate zum Abschluss kommen. Die Schule selbst wurde am 1. April 1891 von der städtischen Verwaltung übernommen und erhielt letztere bei dieser Gelegenheit die früher erwähnte Abfindungssumme der Hannoverschen Pfarrschule im Betrage von 3000 Mark sowie die aus den dortigen Schulstiftungen überwiesene Jahresrente von 80 Mark. An die Stelle des bisherigen Schulvorstandes trat jetzt die städtische Schulkommission, welcher neben dem Bürgermeister bzw. Stadtsyndikus je zwei Mitglieder des Magistrates und des Bürgervorsteherkollegiums, der Pastor und zwei Mitglieder der katholischen Pfarrgemeinde angehören. Die katholischen Bürgerschulen umfassen heute 20 Schulklassen in drei Schulhäusern mit 1200 Kindern, welche zwei Hauptlehrer, acht Lehrern, 10 Lehrerinnen und eine Handarbeitslehrerin unterstellt sind. Zu Ostern 1900 wird dieselbe um zwei neue Klassen vermehrt werden.“

Dem Bericht einer Kreislehrer-Konferenz am 28. Oktober 1906 entnehmen wir folgendes:

„Eine Kreislehrerkonferenz umfassend die katholische Lehrerschaft des Stadt- und Landkreises Hannover, der Stadt Linden und der Kreise Hameln, Neustadt a. Rbg. und Nienburg a. d. W., tagte am 24. d. Mts. Im Katholischen Gesellenhause zu Hannover. Dazu hatten sich die Kreis- und Ortsschulinspektoren, die sämtlichen Lehrpersonen und viele Geistliche des Bezirkes eingefunden. Herr Kreisschulinspektor Pastor Riemekaste-Hannover eröffnete und leitete die Verhandlungen, indem er zunächst den für Linden neu ernannten Kreisschulinspektor Pastor Dr. Maxen der Versammlung vorstellte. Die Statistik der Schulinspektion Hannover ergab folgendes Bild.

Die St. Clemensschule besuchen 883 Schüler, die Marienschule 926, die Bonifatiuschule 751, die Schulen zu Döhren und Wülfel 823, die zu Nienburg 68 und die zu Neustadt a. Rbg. 26, zusammen also 3477, das sind gegen das Vorjahr mehr 426. Die Zahl der Lehrpersonen im Inspektionsbezirk ist um 4 auf 65 gestiegen (39 Lehrer und 32 Lehrerinnen) für die Kreisschulinspektion Linden (katholisch) stellen sich die Zahlen wie folgt: Schule in der Kaplanstr. 775, Schule in der Limmerstr. 981, Schule zu Hameln 252, zusammen 2008, gegen das Vorjahr Zuwachs 103, im Bezirke sind tätig 17 Lehrer und 19 Lehrerinnen, im ganzen 36 Lehrpersonen. Herr Lehrer Göttgens hielt eine eingehende Lehrprobe über das Thema „Der Haustelegraph“. Den zweiten Teil der Konferenz bildete ein Vortrag über das von der Königlichen Regierung vorgeschriebene Thema „Wie kann die Schule bei der Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend mitwirken?“ Herr Lehrer Kolbe gruppierete den Vortrag in folgende Leitsätze: a) Im Leben der gewerktätigen männlichen Jugend klafft zwischen der Schulentlassung und dem Eintritt ins Mannesalter eine weite Lücke. Eine geordnete, alle umfassende Fürsorge fehlt. - b) Darum leidet die schulentlassene Jugend an vielen Schäden. Schäden, bei deren Heilung die Schule oder der Lehrer direkt mitwirken können, sind 1. Verfehlte Berufswahl, Mittel dagegen: Belehrung in der Schule, Aufklärung der Eltern, Aufstellung einer Berufsstatistik. 2. Vernachlässigung der in der Schule erworbenen Kenntnisse. - Mittel dagegen: Mitwirkung durch Unterricht in den Fortbildungs- und Fachschulen. 3. Mangel an der Gelegenheit zu guter Ausnutzung der freien Zeit - Mittel dagegen: persönliche Mitarbeit der Lehrer in den Jünglingsvereinen, Hinweis der Jugend auf solche Vereine und Ermahnung zum Beitritte. c) Indirekte Betätigung 1) durch Studium einschlägiger Schriften, 2) durch Eintritt in eine Jugendschutzkommission.“ - An die trefflichen Ausführungen des Referenten knüpfte sich eine anregende Diskussion, in welcher u. a. Caritassekretär Herr Kaplan Feltmann die Grundsätze der vor einigen Wochen ins Leben gerufenen Jugendschutzkommission des katholischen Caritasverbandes darlegte. Nach der Konferenz vereinigte sich der größte Teil der Konferenzteilnehmer zu einem gemeinsamen Mahle.“

Im Oktober 1924 konnte die St. Godehard-Gemeinde ihr Goldenes Kirchen-Jubiläum feiern. Dabei wurde auch der Schule gedacht. Herr Rektor Kurth gibt in der Festbeilage der „Hannoverschen Volkszeitung“ einen ausführlichen „Lebensbericht“ über das Werden und Wachsen der katholischen Schule in Linden. Wenn auch manche Wiederholung aus den vorhergehenden Berichten auftaucht, so dürfte es doch nicht uninteressant sein, diese zweimal zu lesen:

„Geschichtliches der Godehardischule Linden“

Nachdem am 4.10.1874 die neue katholische St. Godehardikirche hier in Linden feierlich eingeweiht war, machte sich der Wunsch geltend, auch ein eigenes Schulhaus zu erhalten. Die schulpflichtigen Kinder Lindens waren in Hannover eingeschult, und Hannover und Linden bildeten einen gemeinsamen Schulverband. Die Zahl der Schulkinder wuchs verhältnismäßig schnell, und die Schulräume in Hannover reichten bald nicht mehr aus.

Jetzt zwangen die Überfüllung dieser Schule und die nicht endenden finanziellen Schwierigkeiten den Schulvorstand, die langwierigen Verhandlungen wegen Übernahme der Schule seitens der Stadtverwaltung endlich zum Abschluss zu bringen.

Deshalb mussten die Lindener katholischen Schulkinder die städtische katholische Bürgerschule verlassen, und so war die katholische Filialgemeinde in Linden gezwungen, nach Empfang einer Abfindungssumme von 3000 Mark und einer Jahresrente von 80 Mark für ihre Schulkinder eigene Schulräume zu beschaffen und eigene Lehrer bzw. Lehrerinnen einzustellen. Nun wurde der bisherige Schulverband Hannover-Linden aufgelöst, und in Linden ein eigener Schulverband gegründet. In der Hohenstraße, einer früheren Egestorffschen Speiseanstalt, und Ecke Posthorn- und Deisterstraße in einem Hintergebäude fand man zwei Räume, die auch bei den bescheidensten Ansprüchen nichts weniger als angemessen waren. Eine Tischlerwerkstatt und eine Wagenremise waren neben anderen ähnlichen Räumen zu Klassenzimmern eingerichtet. Am 6. November 1876 begann in den beiden Räumen der Unterricht. Es waren damals nur die Kinder der unteren Klassen, die hier von Lehrer Gieseke und Fräulein Liebergesell unterrichtet wurden. Indessen tröstete man sich mit der Erwartung eines prächtigen Schulhausbaues in der Kaplanstraße, wozu bereits ein Platz für 6000 Mark von dem Geheimrat Baron v. Alten gekauft war. Der Schulhausbau wurde bis zum 1.4.1878 vollendet, hatte 69000 Mark gekostet.

Nun konnten alle Kinder Lindens hier eingeschult werden. Die Schule umfasste vier Klassen mit 440 Kindern. Lehrer Gassmann trat mit Fräulein Gläse als Lehrpersonen in den hiesigen Schulverband. Nach Abgang von Frl. Liebergesell folgte ihr am 1.10.1877 Frl. Hartmann, und am 1.5.1878 kam als 5. Lehrkraft Frl. Schumacher hinzu.

Das rasche Wachstum der katholischen Gemeinde in Linden hatte naturgemäß die stete Vermehrung der Schulklassen zur Folge, sodass die 1881 vorhandenen fünf Schulklassen nach einigen Jahren sich verdoppelt hatten. Das aufkommende Schulgeld und der Ertrag der Miete einiger Wohnräume im Schulhause waren bei weitem nicht hinreichend, auch nur die damals noch bescheidenen Lehrergehälter zu decken; geschweige denn die jährlichen Zinsen der auf der Schule lastenden Schulden aufzubringen. Der damalige Gemeindevorstand leistete den geringen Zuschuss von jährlich 600 Mark, der 1882 auf 1000 Mark erhöht wurde. Nachdem Linden am 1.4.1884 zur Stadt erhoben war, wurde von dem damaligen Schulvorstande der bisher vergebliche Versuch erneuert, die städtischen Kollegien zu veranlassen, dass dieselben doch fortan für die katholische Schule wenigstens annähernd dasselbe tun möchten, was seit Jahren für die evangelischen Schulen geschehen sei. Allein die Verhandlungen scheiterten. Später im Jahre 1888 zeigte sich einige Geneigtheit, die katholische Schule auf den städtischen Etat zu übernehmen, wenn die katholische Schulgemeinde das neue Schulhaus an der Kaplanstraße 26/27 schuldenfrei dem Magistrat übergebe. Nun aber gehörte das Schulhaus dem Bischöflichen in Hildesheim und war lediglich der katholischen Schulgemeinde gegen einen jährlichen Betrag, der den Schulzinsen gleichkam, vermietet. Um der Forderung des Magistrates nachzukommen, hätte also die Schulgemeinde sich das Schulhaus mit den darauf lastenden Schulden im Betrage von 46430 Mark durch die Bischöfliche Behörde abtreten lassen müssen, um alsdann das Schulhaus der Stadt zu übergeben und mit den Schulden desselben die katholische Gemeinde zu belasten. Dies war eine Unmöglichkeit und so wurden die Verhandlungen mit der städtischen Verwaltung wegen Übernahme der Schule als zurzeit aussichtslos abgebrochen.

Inzwischen war das katholische Schulhaus bis zum dritten Stock mit Klassen gefüllt. Jetzt galt es also, sich schleunigst nach einem zweiten Schulhause umzusehen, um nicht später in Verlegenheit zu kommen. Da kam das Jacobsohnsche Fabrikgebäude im Allerweg zu Linden zu Verkauf.

Dasselbe wurde am 26.7.1888 vom Bischöflichen Stuhl in Hildesheim erworben, und, bis es seinem eigentlichen Zweck dienen konnte, einstweilen als Lagerraum vermietet.

Nach zwei Jahren, als schon die Baupläne für das zweite Schulhaus im Allerweg angefertigt waren, beschloss die Stadt die evangelischen Schulen als städtische Bürgerschulen in ihre Verwaltung zu nehmen. Der evangelische Schulvorstand war mit der Übergabe der Schulen an die Stadt gern einverstanden, dagegen machte die Königliche Regierung die erforderliche Genehmigung dieser Übergabe davon abhängig, dass die Stadt gleichzeitig auch die katholische Volksschule übernehme. Das war gewiss für den Magistrat keine leichte Forderung, die größte Schwierigkeit bot der Ankauf des neuen katholischen Schulhauses, welches mit Grund und Boden 75000 Mark gekostet hat.

Um aber dem Magistrat das weiteste Entgegenkommen zu zeigen, erklärte sich schließlich der Schulvorstand bereit, das Schulhaus dem Magistrat zu übergeben, wenn letzterer die auf dem Schulhause lastenden Schulden im Betrage von 46430 Mark am Tage der gerichtlichen Auflassung an den Bevollmächtigten des Bischöflichen Stuhles zur Auszahlung bringe. Da der Herr Minister aus Staatsmitteln der Stadt diesen Betrag bewilligte, so konnte endlich am 8.1.1891 der Kaufvertrag abgeschlossen werden. Die Schule wurde am 1.4.1891 von der städtischen Verwaltung übernommen. Diese aus kleinen Anfängen hervorgegangene Schule nahm infolge des Aufblühens der Industrie einen solchen Aufschwung, dass die Schule im Jahre 1899 20 Klassen mit 1218 Kindern (Knaben 623, und Mädchen 595) mit 20 Lehrkräften umfasste. Infolge dieser Entwicklung reichten nun die Schulräume in der Kaplanstraße und Posthornstraße nicht aus, und es wurde am 20. Juni 99 ein zweites

Schulsystem mit acht Klassen gegründet, das den Grundstock der heutigen St. Bennoschule bildete. Mit der Abzweigung des zweiten Systems hatte das Aufblühen unserer Schule keine Unterbrechung erlitten. Aus den restbleibenden 12 Klassen wurden allmählich wieder bis 1917 17 Klassen mit 900 Kindern, 7 Knaben, 7 Mädchen und drei gemischte Klassen. Die Höhe der Klassen behielten wir fünf Jahre, bis 1922 einschließlich. Erst dann machte sich, infolge Geburtenrückgänge auch ein bedauerlicher Rückgang der Klassen bemerkbar, so dass wir in zwei Jahren auf 14 Klassen mit 608 Kindern zurückgegangen sind. Im Jahre 1911 erhielten die beiden Systeme auch eine katholische Hilfsschule, die heute drei Klassen umfasst.

Lehrer Gieseke, der als erster Lehrer hier in Linden an unserer Schule gewirkt hat, wurde zum Hauptlehrer und später zum Rektor ernannt. Er und Lehrer Gassmann haben ihre ganze Kraft in den Dienst der Schule und Gemeinde gestellt. Sie haben nicht nur die schweren Zeiten, die dem Lehrerstande überhaupt beschieden waren, durchkostet, sondern mussten auch die gewiss nicht verlockenden Anfänge katholischen Schulwesens in Linden mit durchmachen. Sie haben dann später das Wachsen, Blühen und Gedeihen der Schule miterlebt, aber auch mit hervorgebracht. 1891 wurde Lehrer Vogt an die Godehardischule berufen und wirkt jetzt über 33 Jahre in unermüdlicher Arbeit an derselben. Von den Lehrerinnen waren es Frl. Hartmann, Schumacher und Stute, die ihre Lehrerinnentätigkeit zum größten Teil an unserer Schule ausgeübt haben. So haben Frl. Hartmann 40, Frl. Schumacher 46 und Frl. Stute 40 Jahre lang mit reger und rastloser Berufsfreudigkeit in der Schule, Gemeinde gearbeitet und sind mit der Gemeinde aufs engste verwachsen. Ostern 1902 fand die Lehrerin Frl. Wüstefeld Anstellung an der Godehardischule. Nachdem sie 22 Jahre mit gutem Erfolg und reichem Segen gewirkt hatte, ist sie am 30.5.1923 an einer mit bewunderungswürdiger Geduld ertragenen Krankheit gestorben. Bei den goldenen Jubiläumstagen darf auch die Schule nicht fehlen. Ein oft gebrauchtes und gehörtes Wort auf dem Gebiete der Sozialpädagogik lautet: „Haus und Schule Hand in Hand.“ Beide Teile sollen in Eintracht und Harmonie und gegenseitiger Unterstützung ihres Amtes an den Kleinen walten. Es ist jenem Worte ein anderes nicht minderbedeutendes Wort an die Seite zu stellen, nämlich das Wort: „Kirche und Schule Hand in Hand.“ Beide haben die Aufgabe, tüchtige, brave, von christlicher Liebe erfüllte Menschen zu erziehen und zu üben in der Liebe zu Gott als den Urquell aller, in der Liebe zu unseren Mitmenschen als unseren Brüdern und Schwestern, sie zu stärken zu allem Guten, Wahren und Schönen. Mag die Zukunft oder die Zeit an den Verhältnissen von Kirche und Schule ändern. Das ist nur äußerlich. Im Innern aber bleiben wir eng verknüpft zur gedeihlichen Fahrt auf die Höhe zur treuen Arbeit an der Veredlung der uns anvertrauten Jugend. Und nun Glückauf zur weiteren Fahrt und gesegnetem Schaffen unter der Gnade des göttlichen Kinderfreundes.

Wie aus den vorstehenden Berichten hervorgeht, wurde für die Kinder der späteren Bennogemeinde an der Limmerstraße eine Schule eingerichtet. Um den Kindern nun auch den Weg zur Godehardikirche zu ersparen, um wochentags an der hl. Messe teilnehmen zu können, wurde im oberen Geschoss der Schule ein Raum als Kirchenraum eingerichtet. Der Pastor erhielt von Hildesheim die Genehmigung diesem Raum die kirchliche Weihe zu geben. Nach der Weihe der St. Bennokirche entfiel der Gottesdienst im Schulraum.

Die Arbeit um die Schule ging weiter. Eine neue Zeit brach herauf. So sei es dem Chronisten gestattet, hier seine eigenen Kindheits Erinnerungen und Schulerlebnisse darzulegen. Ich berichte aus meiner Niederschrift: „Liturgie-Reform“ von 1967:

....In mancher stillen Stunde hat mir damals meine selige Mutter von der ersten Wohnung der Eltern in Limmer erzählt, das damals zur Godehardi-Gemeinde an der Posthornstraße gehörte. Als meine Eltern 1898 heirateten und ihre erste Wohnung bezogen, umfasste diese Pfarrei das ganze Gebiet des Leinetales zwischen Deister und Steinhuder Meer, also auch das Dorf Limmer. Mutter erzählte oft von den langen Fußmärschen durch die Felder und bei jedem Wetter, die Vater und sie an jedem Sonntag zur Kirche an der Posthornstraße gemacht haben. Vor über 70 Jahren war das ein sehr langer Marsch durch wenige Straßen aber sehr vielen „Feldwegen“, die oft bei Regen „Schlammwege“ waren und mit einer großen Staubplage bei trockenem Wetter verbunden waren.

Meine frühesten Kindheits Erinnerungen setzen mit dem langen, langen Weg, den ich an Mutters Hand von Limmer zur Kirche zurücklegte, ein. Da mein seliger Vater bei der „Hannoverschen Gummi Kamm Fabrik“ angestellt war, die erst 1912 den Namen „Excelsior“ annahm und im Jahre 1930 der „Continental“ angegliedert wurde, wohnten wir in der Nähe der Fabrik, in der Wunstorfer Straße 88. So war dieser erste Kirchgang, und später mein Schulweg, über eine halbe Stunde lang. Besondere Erinnerungen an diese Kindheits- und Alltagswege habe ich nicht mehr, weiß jedoch, dass sie durch viel Feld- und Kleingartengelände führten und dass erst in der Nähe der Schule und Kirchen wider Häuser standen.

Als Ostern 1905 meine Schulzeit begann, sollte ich als ältester Sohn von Anfang an eine katholische Schule besuchen, also nicht in die evangelische Schule in Limmer eingeschult werden. Der weite

„Schulweg“ stand damals schon in Frage. Limmer war ein selbstständiges Dorf mit einer festen evangelischen Mehrheit, die traditionsgebunden und durch das Wachsen „Lindens“ nicht beeinflusst war. Die katholischen Bewohner waren eine sehr kleine Minderheit und gehörten kirchlich jetzt zu Linden zur St. Bennokirche. Eine katholische Kirche war ebenfalls nur in Linden erreichbar. Nun mussten aber alle Kinder, deren Eltern nicht in Linden wohnten, beim Besuch einer „Bürgerschule“ oder der Gymnasien ein jährliches Schulgeld von vierzig Goldmark bezahlen. Dass diese schwere finanzielle Belastung vielen Eltern Schwierigkeiten bereitete, ist verständlich. Insbesondere fiel das den kinderreichen Familien sehr schwer. So besuchten also auch in Limmer alle katholischen Kinder die evangelische Schule. Sie hatten zweimal in der Woche Religionsunterricht, den ein Kaplan an St. Benno gegeben hat. Erst im Jahre 1908 als Limmer in Linden eingemeindet wurde, entfiel das Schulgeld.

Ich wurde also 1905 in Linden eingeschult. Das Schulgebäude, nach damaliger Bauweise mehr Kaserne als Schule, stand an der Limmerstraße, Ecke Köthnerholzweg und gegenüber der Pfarrlandstraße. Es war ein neugotischer Backsteinbau mit großen Klassenräumen. Nach meiner Erinnerung waren die Parterreräume sehr dunkel, da das Tageslicht durch die Bäume, die am Rande der Limmerstraße standen, weitgehend abgeschirmt wurde. Nach Bombenschaden im zweiten Weltkriege und Fremdbenutzung wurde diese Schule in den 50er Jahren abgerissen und ein modernes Wohnhaus errichtet in dem eine Zweigstelle der Stadtparkasse und ein Postamt Keller und Erdgeschoss beanspruchen.

Neben der Bennokirche entstand damals eine neue katholische Schule, die 1908 eingeweiht und in Benutzung genommen wurde. So wurden auch die katholischen Kinder Limmers in die Schule an der Hennigesstraße eingeschult. Es war eine große Schar Kinder, die den weiten Weg nach Linden wanderte. Nachdem das finanzielle „Unmöglich“ fortgefallen war, war es den Eltern selbstverständlich ihren Kindern den langen Schulweg zuzumuten. Kam doch diese Generation aus katholischen Landen und praktizierte ohne lange Diskussion die Ganzheitserziehung von Elternhaus-Schule-Kirche. Wir „Bengels“ haben den langen Schulweg (ohne Straßenbahn) keineswegs als „unzumutbares Opfer“ empfunden. Unser Schulwege waren oft voll lustiger Jungenstreiche.

Der Schulunterricht begann um 8 Uhr, aber vorher war 7.15 Uhr „Schulmesse“, wir mussten also recht früh auf den Beinen sein und eines großen Zeitabschnittes im Jahr in tiefer Dunkelheit unseren Schulweg beginnen. Im Winter begann der Unterricht um 8.30 Uhr und auch die hl. Messe entsprechend später. Da aber über den Kirchenbesuch, der eben Schule war, auch Buch geführt wurde, war jeden Morgen das Mittelschiff der Kirche voll mit Kindern. Die Schule wurde vor dem ersten Weltkrieg von ca. 1200 Kindern besucht.

Die Schule galt mit ihren großen, hellen Räumen damals als die modernste in unserem Bezirk. Wenn die Schule von durchschnittlich 1000 Kindern besucht wurde, kann man sich vorstellen, dass während der Pausen ein emsiges Treiben und viel „Hallo“ war.

Sobald aber die schrille Glocke das Ende der Pause ankündete und wir in Zweierreihe wieder in die Klassen zurück marschierten, herrschte kirchliche Ruhe in den Gängen, sollte sie herrschen. Aber auch damals mussten die Verbote immer wieder aufgefrischt werden. Zeitweise wurden auch „Aufpasser“ angestellt, die jeden „Sprecher“, der im Schulgang etwas sagte, beim Lehrer „angeben“ musste. Damals regierte noch der Rohrstock, der gelbe. Wenn dann der Lehrer „schlechte Laune“ hatte, hieß es „Raus!“ und es gab mit dem Stock ein paar durch die Finger. Wenn auch mal über die vielen Schläge, die der Lehrer austeilte, geschimpft wurde, aber gelernt haben wir doch viel. Schön war die Schulzeit doch. Wer erinnert sich von den „Alten“ nicht noch gern an die Lehrer mit ihrer verschiedenen Lehrmethode. Wer erinnert sich auch an die „Kosenamen“, die verschiedene Lehrer hatten? Gelegentlich erinnern wir uns noch gern an unseren Lehrer Anton Arens, der uns vier Jahre lang Schulweisheit eingebläut hat, manchmal sehr stramm, aber dankbar sind wir ihm heute doch.

Wie schön waren auch die Klassenausflüge, die Wanderungen durch den Bentherberg, Deister usw.. Gern erinnern wir uns an die gemeinsamen Schulfeiern, die Schulfeste, oder die Feiern in der Aula, zu denen es in der „guten alten Zeit“ manche Veranlassung gab. So verging die Zeit mit ihren Wendungen. Es kam der Krieg 1914, der sich bald zu einem Weltkrieg ausweitete, ja, man musste später sagen „der erste Weltkrieg“.

Im Sommer 1926 brach in Hannover eine Typhus-Epidemie aus, die viele Opfer forderte. Die Krankenhäuser konnten die vielen Kranken nicht aufnehmen. So wurden in aller Eile „Ersatz-Krankenhäuser“ eingerichtet. Auch unsere Hennigesschule musste als Krankenhaus eingerichtet werden. Nach Abklingen der Epidemie musste das Schulgebäude von Grund auf renoviert werden.

Wieder kam nach ca. sieben Jahren eine „Störung“ in den Schulbetrieb. Der Nationalsozialismus war in Deutschland zur Macht gekommen. Der Teufelskampf gegen alles Religiöse nahm unheimliche Formen an. Die Hennigesschule wurde als katholische Bekenntnisschule aufgelöst und in eine „Gemeinschaftsschule“ umgewandelt. So sollte die christliche Erziehung der Kinder in der

katholischen Schule wieder zerschlagen werden. Aber auch diese Machenschaften, wie alles Tun der „Nazis“, zielte 1939 auf einen neuen Weltkrieg, den zweiten, hin und endete 1945 mit der vollständigen Zerschlagung unseres deutschen Vaterlandes. „Neuaufbau“ hieß es, aus den Trümmern ein neues Vaterland bauen.

Bereits einige Jahre nach Kriegsschluss (1950) wurde die Frage nach der katholischen Bekenntnisschule vom Katholiken-Ausschuss der Stadt Hannover wieder bearbeitet. In vielen Besprechungen und Schreiben forderten die Eltern ihr Recht auf die katholische Schule.

Jahre des Kampfes begannen. Die „linke“ Regierung vertrat ja in Religionsangelegenheiten dieselbe Ansicht wie die „abgetretene“ Nazi-Regierung. Unermüdlich forderten die Eltern ihr Recht auf die konfessionelle Schule.

Am 7. März 1954 sprach vor der katholischen Elternschaft Hannovers und Umgegend Dr. Süsterhenn aus München, ein Jahr später Präsident Wegmann aus Oldenburg in der Niedersachsen- bzw. Stadthalle über die Wiedereinrichtung der katholischen Bekenntnisschule. Alle Veranstaltungen waren sehr gut besucht, und zeugten von dem starken Willen der Eltern, ihren Kindern die katholische Schule wieder frei zu holen. Dann kam die Zeit, in der auch die Presse über die Einrichtung der Schule sich vernehmen ließ. Im nachfolgenden sollen die Berichte der verschiedenen Zeitungen wiedergegeben werden.

Am 17. August 1955 bringt die „Allgemeine Zeitung“ die Notiz:

„Für katholische Schulen. In einer amtlichen Bekanntmachung in dieser Ausgabe wird die Möglichkeit der Anmeldung von Schülern für die Einrichtung von Schulen für Schüler des katholischen Bekenntnisses hingewiesen. Ergänzend hierzu wird vom Städt. Presseamt darauf aufmerksam gemacht, dass selbstverständlich von dieser Regelung der evangelische und katholische Religionsunterricht in den Gemeinschaftsschulen nicht berührt wird. Er wird auch in Zukunft uneingeschränkt erteilt werden.“

Sogleich ist aber die „H. P.“ auf den Plan und protestiert heftig gegen die katholische Bekenntnisschule wenn sie unterm 19. Nov. 1955 schreibt:

„Namentliche Abstimmung gefordert, Elternrat der Volksschule Fröbelstraße protestiert gegen Bekenntnisschule.“

Zu der geplanten Errichtung katholischer Volksschulen in Hannover, über die der Rat in seiner Sitzung am nächsten Mittwoch beschließen wird, hat der Elternrat der Knabenvolksschule Fröbelstraße für die von ihm vertretene Schule in einem Schreiben Stellung genommen, der sich auch die Vorsitzenden der Elternschaften der Albert-Schweitzer-Schule angeschlossen haben. Vorangegangen war eine Versammlung der Vorsitzenden der Klassenelternschaften, in der einstimmig beschlossen wurde, dagegen „allerschärfsten Protest einzulegen“. Außerdem wurde zum nächsten Dienstag noch eine Elternversammlung einberufen.

Den beiden Volksschulen in der Fröbelstraße werden von Ostern 1956 an 30 Unterrichtsräume für 32 Schulklassen zur Verfügung stehen. Würde nun noch eine Bekenntnisschule errichtet werden, müssten sich 57 Klassen in die vorhandenen 30 Räume teilen. Das bedeutet unregelmäßige Unterrichtszeiten von 8 Uhr bis zum späten Nachmittag und alle damit verbundenen Schwierigkeiten für Kinder und Eltern. Der Elternrat wollte es, wie es heißt deshalb nicht dulden, dass der nach langen Jahren an der Schule endlich erreichte Fortschritt, nämlich den Kindern einen geordneten und regelmäßigen Unterricht zu gewährleisten, aufgegeben werde. Er erwartete, dass der Rat den Standpunkt des Elternrates unmissverständlich bekanntgebe und in namentlicher Abstimmung entscheide, ob schon jetzt bei der noch bestehenden großen Schulraumnot die Einrichtung einer Bekenntnisschule verantwortet werden könne.

„Die Empörung innerhalb der Elternschaft“, so heißt es in dem Schreiben, „ist schon jetzt so groß, dass bei endgültiger Beschlussfassung in der Ratssitzung am 23. November zugunsten einer Bekenntnisschule in der Fröbelstraße die Erregung unkontrollierbare Gegenmaßnahmen auslösen könnte.“

Die „Allgemeine Zeitung“ bringt am 19./20. November 1955 dem Sinne nach den gleichen Artikel, allerdings in etwas milderer Form.

Am 22. d. Mts. Gibt sie einen Bericht über die Unterschriften-Sammlung bekannt:

„Vor schwieriger Entscheidung. Rat muss über Bekenntnisschule beschließen. In seiner Versammlung am morgigen Mittwoch sieht sich der Rat der Hauptstadt Hannover in der Frage der Errichtung katholischer Bekenntnisschulen vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Schul- und Verwaltungsausschuss des Rates haben auf Grund der 3098 abgegebenen gültigen Unterschriften der Errichtung von drei solchen Schulen bereits zugestimmt, um dem Gesetze zu genügen. Vorgesehen sind die Volksschulen Hildesheimer Chaussee für den Bezirk Süd, Fröbelstraße für den Bezirk Linden

und Bonifatiusplatz für den Bezirk Nordosten. Für die beiden letzten Schulen haben jedoch inzwischen die Vertreter der Elternschaften gegen irgendwelche Änderungsmaßnahmen bereits protestiert, sodass der Rat, wenn er die Einrichtung von Bekenntnisschulen in diesen beiden Schulen beschließt, gegen die Mehrheit der Elternschaft entscheiden würde. Kommt er dagegen dem Verlangen der katholischen Eltern auf Erfüllung des Gesetzes nicht nach, muss die Stadt mit einer Verwaltungsklage oder damit rechnen, dass der Regierungspräsident als Aufsichtsbehörde die Errichtung von Bekenntnisschulen ausweist.

Von den 3098 abgegebenen gültigen Unterschriften entfallen 791 auf den Bezirk Süd, 554 auf Linden und 862 auf Nordosten, insgesamt also 2207 Unterschriften auf die drei Bezirke, die auf Vorschlag des Schulausschusses zur Errichtung von Bekenntnisschulen ausgewählt wurden. 891 weitere Unterschriften verteilen sich auf andere Bezirke der Stadt. Nachdem der Elternrat der Knabenvolksschule Fröbelstraße gegen die Errichtung einer Bekenntnisschule Einspruch erhoben hat, ist nun ebenfalls von der Elternschaft der Schule am Bonifatiusplatz eine Resolution gefasst, zu der der Vorsitzende des Elternrates noch auf einen drohenden Schulstreik verweist. In der Resolution wird darauf hingewiesen, dass auf der einen Seite von rund 1300 Kindern nur etwa 100 der katholischen Konfession angehören und eine Umschulung deshalb nicht zu verantworten sei, und dass auf der anderen Seite in 19 Klassenräumen jetzt bereits 28 Klassen unterrichtet werden, sodass durch die Errichtung einer Bekenntnisschule mit weiteren 20 Klassen völlig ungeordnete Verhältnisse geschaffen würden. Wie auch in der Fröbelstraße ist die Elternschaft der Schule am Bonifatiusplatz heute Abend noch einmal zu einer Versammlung eingeladen worden, die um 20 Uhr in der Leibnizschule beginnt.“

Auch in der „Hannoverschen Presse“ vom 23. November finden wir einen Artikel über den Protest der Eltern gegen die Errichtung von Bekenntnisschulen:

„Neuer Protest aus Sorge um die Schulkinder.

In letzter Minute vor der heute im Rat der Stadt fallenden Entscheidung protestierte gestern Abend in der Aula der Leibnizschule die Elternschaft der Bonifatiuschule gegen die Errichtung einer katholischen Bekenntnisschule in ihrem Schulhaus. Als Vertreter der Elternschaft erklärte der Vorsitzende des Elternrates, Mock, dass die weit überwiegende Mehrheit der Elternschaft gegen diese Einrichtung schärfsten Einspruch im Interesse der überaus großen Mehrzahl der nachteilig betroffenen Kinder erhebe.

Die Bonifatiuschule wird von rund 1300 Schulkindern besucht, unter denen sich etwa 1200 Kinder evangelischer Konfession befinden. Demgegenüber stehen 100 bis 150 Kinder der katholischen Konfession. Nach den Angaben des Elternratsvorsitzenden werden gegenwärtig in 19 Klassenräumen 28 Klassen unterrichtet. Wenn die Bekenntnisschule Wirklichkeit werden sollte, kämen weitere 20 Klassen hinzu. Es würden also in 19 Räumen 48 Klassen unterrichtet werden müssen.

Die Elternschaft der Bonifatiuschule hat in einer scharfen Resolution – die nachträglich fast einmütig gebilligt wurde – ihre Ablehnung begründet. Die Entschliebung wurde dem Oberbürgermeister und dem Rat der Hauptstadt Hannover sowie unter anderem dem Ministerpräsidenten, dem Kultusminister, dem Innenminister, dem Regierungspräsidenten und dem Oberstadtdirektor zugeleitet.

Die Elternschaft der Bonifatiuschule verweist bei ihrer Ablehnung auf die Paragraphen 9 und 12 des Gesetzes über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. Unter anderem besagt das Gesetz: Bekenntnisschulen dürfen nur errichtet werden, wenn ausreichender Schulraum für die Gemeinschaftsschule vorhanden ist.

Nach einer erregten, von vielen Zwischenrufen unterbrochene Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.“

Eine kleine Notiz bringt die „Allgemeine Zeitung“ am 23. November 55:

„Um die Schulen. Von der katholischen Elternschaft Hannovers wird uns folgende Erklärung zugesandt: „Wenn katholische Eltern Hannovers in ausreichender Zahl die Errichtung von katholischen Schulen beantragt und ihre Kinder dazu angemeldet haben, so haben sie nicht nur in Erfüllung einer Gewissenspflicht gehandelt, sondern sie stehen damit auch auf dem Boden des Gesetzes.

Der Vorschlag, in der Fröbelstraße und am Bonifatiusplatz katholische Schulen einzurichten, stammt von der Schulverwaltung der Stadt Hannover. Er hat sowohl den Schulausschuss als auch dem Verwaltungsausschuss des Rates zur Beratung vorgelegen und ist von diesen beiden Gremien angenommen worden. Somit ist also die Einrichtung katholischer Schulen in den beiden genannten Gebäuden reiflich überlegt und sachlich geprüft worden.

Die katholischen Eltern Hannovers erwarten, dass die ihnen laut Gesetz zustehenden Rechte loyal erfüllt werden.“

Allerdings wird in derselben Zeitung und am gleichen Tage über zwei Protestversammlungen der Eltern gegen die Bekenntnisschule geschrieben:

„Erregung in der Elternschaft. Die geplante Einrichtung katholischer Schulen stark kritisiert.

In zwei überfüllten Elternversammlungen, die von den Elternschaften der Fröbelschule und der Schule am Bonifatiusplatz einberufen waren, kam es am Dienstagabend über die Frage der Einrichtung katholischer Schulen zu erregten Auseinandersetzungen.

Vorsitzender Mock vom Elternbeirat der Volksschule Bonifatiusplatz, der in der überfüllten Aula der Leibnizschule betonte, selber katholischen Glaubens zu sein, bekannte sich zur christlichen Gemeinschaftsschule und erklärte, die gesetzlich vorgesehenen Bekenntnisschulen dürften nicht in der Zeit so großer Schulraumnot eingerichtet werden. Der Sprecher betonte, die Elternschaft wolle zum jetzigen Zeitpunkt das Hineinpressen einer katholischen Bekenntnisschule in die Volksschule am Bonifatiusplatz „mit allen Mitteln“ verhindern.

Ein anderer katholischer Sprecher, der sagte, die katholische Bekenntnisschule in der Oststadt wäre auf alle Fälle zu verwirklichen, hatte Mühe, überhaupt zu Wort zu kommen.

Superintendent Brockhaus erklärte, der Stadtkirchenausschuss habe an die Stadtverwaltung ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, es könne nicht der Wille des Gesetzgebers sein, die überwiegend evangelischen Kinder zu benachteiligen. Ratsherr Barche unterstrich, die Ratsversammlung am Mittwoch habe eine schwerwiegende Entscheidung zu fällen und dankte der Elternschaft für ihr Votum. Ratsherrin Sehmeyer sagte, wer Sonderschulen haben wolle, müsse für seine Kinder entsprechend weite Wege zu den in Hannover vorhandenen Sonderschulen in Kauf nehmen. Da aber dem Gesetz so oder so Genüge getan werden müsse, sollten die Elternschaftsvertreter noch vor der heutigen Ratssitzung bei der Stadtverwaltung vorstellig werden.

In der Knabenvolksschule Fröbelstraße stimmten mehrere Hundert Eltern gegen zwölf Stimmen der Protestentschließung zu, die am 14. November von den Vorsitzenden der Klassenelternschaften dieser Schule beschlossen wurde und über die die „Allgemeine“ am 19. d. Mts. berichtete. Nachdem der Rektor der Schule darauf hingewiesen hatte, dass 46 Klassen in 27 oder 28 Räumen der Schule bis in den späten Nachmittag hinein unterrichtet werden müssten und weder für Freizeit der Kinder, für Schularbeiten noch für Reinigen der Schulklassen Zeit bleiben würde. Wenn in der Fröbelstraße eine katholische Bekenntnisschule eingerichtet werden würde, betonte ein Mitglied des Elternrates, dass die Eltern nicht geillt seien, diese Schwierigkeiten hinzunehmen.

Vertreter der katholischen Elternschaft vertraten ebenfalls die Meinung, dass es Unsinn sei, in diese Schule 47 Klassen zu „stopfen“ und betonten, dass sie weiter für die Einrichtung von Bekenntnisschulen kämpfen würden. Bürgermeister Holweg sagte, dass sich die Mehrheit des Rates vermutlich gegen die Einrichtung einer Bekenntnisschule aussprechen würde. Senator Lehnhoff bemerkte, dass er zwar für das neue Schulgesetz sei, dass es aber im Augenblick in Hannover noch nicht durchgeführt werden könne.

Am nächsten Tag schreibt die „Hannoversche Allgemeine“ v. 24.11.55 über die Schuldebatte im Rathaus:

„Zunächst nur eine Bekenntnisschule.

In einer fast zweistündigen ausgedehnten Debatte, die jedoch in erfreulich sachlicher Atmosphäre vor vollen Zuschauertribünen geführt wurde, behandelte der Rat der Landeshauptstadt am Mittwochnachmittag die Frage der Errichtung katholischer Bekenntnisschulen in Hannover, die in den letzten Tagen bereits zu Protestversammlungen der Eltern geführt hatte. Mit der Mehrheit der Rathausfraktionen SPD, DP/BHE und FDP lehnte er den Antrag des Verwaltungsausschusses ab, drei solcher Schulen in Gebäuden bestehender Volksschulen schon gleichzeitig zu errichten. Er schloss sich vielmehr den zu Beginn der Debatte von der SPD- und FDP-Fraktion eingebrachten Anträgen an, zunächst nur eine Bekenntnisschule, und zwar die an der Hildesheimer Chaussee, zu errichten, die allerdings praktisch in den letzten Jahren schon immer katholische Volksschule war. Der Vorschlag des Verwaltungsausschusses, auch die Volksschulen Fröbelstraße und Bonifatiusplatz als katholische Bekenntnisschulen vorzusehen, wurde dagegen abgelehnt. Gegen diese Regelung stimmten nur die sechs Ratsmitglieder der CDU-Fraktion.

Die Errichtung katholischer Bekenntnisschulen war der umstrittene Punkt der gestrigen Ratsversammlung, in der Oberbürgermeister Weber eingangs des am Vortage verstorbenen Johannes Lau gedacht hatte, dessen leerer Platz mit einem Kranz geschmückt worden war. Nachdem Ratsherr König (SPD) als Vorsitzender des Schulausschusses den Antrag des Verwaltungsausschusses auf Einrichtung von drei solcher Schulen, und zwar in der Hildesheimer Chaussee für das südliche Stadtgebiet, in der Fröbelstraße für Linden und am Bonifatiusplatz für die Nordstadt begründet hatte, gab der Oberbürgermeister bekannt, dass sich die Eltern in einer Reihe von Eingaben gegen die geplanten Maßnahmen ausgesprochen hätten.

Neben den Elternräten oder Elternschaften der Schule Fröbelstraße, Bonifatiusplatz und Höfeschule hat auch, wie berichtet wurde, die Arbeitsgemeinschaft der Elternräte hannoverscher Volks- und Sonderschulen gegen die Errichtung von Bekenntnisschulen Einspruch erhoben. In diesem Einspruch wird noch einmal darauf hingewiesen, dass solche Regelung nicht vertretbar sei, solange in Hannover noch 40 Schulen fehlen. Die Erfüllung der Forderungen nach einem normalen Schulunterricht würde auf Jahre hinausgeschoben werden. Eine Zurückweisung des Antrages sei deshalb nicht nur berechtigt, sondern eine zwingende Notwendigkeit.

Auch der Stadtkirchenausschuss hat sich in einem Schreiben an den Rat gegen die vorgesehene Regelung ausgesprochen. Es hieß darin u. a. „Wir sind der Meinung, dass dem Willen des Gesetzgebers Rechnung getragen werden soll. Wir legen aber Gewicht darauf, dass eine unerträgliche Benachteiligung der evangelischen Schüler nicht im Willen des Gesetzgebers liegen kann.“

Zu einem „Wettkampf der Anträge“ kam es auf Grund dieser Lage dann zwischen den Rathausfraktionen der FDP, SPD und DP/BHE. Als Senator Lehnhoff (FDP) einen Änderungsantrag stellen wollte, erklärte Oberbürgermeister Weber, dass ein ähnlich formulierter Antrag bereits von der SPD vorliege, auf Grund dessen zunächst nur an der Hildesheimer Chaussee eine Bekenntnisschule errichtet und der Vorschlag für die beiden anderen Schulen noch einmal in die Ausschüsse zurückverwiesen werden sollte.

Auch Senator Lohse (DP/BHE) beantragte, weil mit einiger Sicherheit zu erwarten sei, anschließend noch für seine Fraktion, die Vorlage des Verwaltungsausschusses zur Beratung zurückzuverweisen und die Schulverwaltung zu beauftragen, neue und geeignetere Vorschläge vorzulegen. „Wir sind überzeugt, dass andere und bessere Lösungen gefunden werden können“, erklärte er. Später wurde dieser weitergehende Antrag allerdings zugunsten der anderen Lösung zurückgenommen.

Für die CDU-Fraktion erklärte Senator Dr. Niggemann eingehend, warum man den Antrag des Verwaltungsausschusses begrüßt habe; denn damit werde der Antrag gemacht, ein schulpolitisches Unrecht wieder gutzumachen. Bis 1932 sei die Bekenntnisschule in Hannover und in Niedersachsen schließlich die Regelschule gewesen, und es gehe dabei um Gewissensfragen. Auch die Verwaltung hat anerkannt, sagte Dr. Niggemann, „dass sie das Gesetz erfüllen muss. Und es muss von der Stadt loyal erfüllt werden, wenn es nicht zu einer Klage vor dem Verwaltungsgericht oder zu einem Einschreiten der Aufsichtsbehörde kommen sollte. Bereits seit Jahren, nachdem auch schon eine Kommission die Möglichkeiten festgestellt habe, habe die Rathausfraktion der CDU sich für die Errichtung von Bekenntnisschulen eingesetzt. Wir sind der Meinung, dass man sich jetzt lange genug um die gesetzlichen Bestimmungen herumgedrückt hat.“ Die Ratsherren Schneider und Kaminski schlossen sich in ihren Ausführungen den Argumenten Dr. Niggemanns an.

Bürgermeister Holweg (SPD) erklärte dagegen in seiner Rede, er lege für seine Fraktion den größten Wert darauf, dass in der Hildesheimer Chaussee offiziell eine Bekenntnisschule errichtet werde. Wenn die Eltern nicht protestiert hätten, dann hätte der Rat auch alle drei Schulen beschlossen. Die katholischen Eltern hätten durchaus das Recht, Bekenntnisschulen zu fordern, aber die evangelischen Eltern hätten ebenso das Recht, sich dagegen zu wehren. Der Rat müsse darüber entscheiden. Die SPD wolle das Schulgesetz allerdings nur durchführen, weil es Gesetz geworden sei. Nach wie vor sei sie gegen die Einrichtung von Bekenntnisschulen oder weltlichen Schulen, sondern sie halte die Erziehung in der christlichen Gemeinschaftsschule für richtig.

Senator Lehnhoff und Ratsherrin Sehlmeier unterstrichen für die FDP, dass der Vorwurf, man sei aus Glaubensgründen gegen die Bekenntnisschulen, nicht stimme. Der Rat habe seinen Willen gezeigt, das Gesetz zu erfüllen, und in den Elternversammlungen, in denen die Ratsmitglieder der CDU nicht vertreten waren, sei auch nie von konfessionellen Grundsätzen die Rede gewesen. Es sei immer nur gesagt worden, dass zurzeit keine Bekenntnisschulen errichtet werden können.“

Die H. P. meldet am selben Tage:

„Den Eltern eine Sorge genommen.“

Antrag auf Errichtung von Bekenntnisschule zurückgewiesen. Bedingung „ausreichender Schulraum“ nicht erfüllt / Kinder, Eltern und Lehrer der Fröbel- und Bonifatiuschule können aufatmen / leidenschaftliche Debatten vor überfüllten Tribünen.

Gegen sechs Stimmen der CDU-Fraktion beschloss gestern Nachmittag der Rat der Hauptstadt Hannover, den vielumstrittenen Antrag auf Errichtung von drei katholischen Bekenntnisschulen an den Schul- und Verwaltungsausschuss zu verweisen. Zwei dieser Schulen sollten in der Bonifatius und in der Fröbelschule untergebracht werden. Die dritte Konfessionsschule besteht de facto schon, im Gebäude der Volksschule an der Hildesheimer Chaussee.

Die im Antrag geäußerte Absicht, in die Fröbel- und Bonifatiuschule noch Konfessionsschulen hineinzunehmen, löste – wie wir berichteten – eine Welle von heftigen Protesten aus. In Versammlungen und Resolutionen lehnten die Eltern ab, die mit dem Plan verbundene starke

Benachteiligung der vielen übrigen Kinder zugunsten der im Verhältnis dazu nur sehr wenigen katholischen Kinder hinzunehmen. Sie stützten ihre Ablehnung mit einer Anzahl nicht widerlegbarer Argumente.

Zwei Stunden diskutierte der Rat vor überfüllten Tribünen über den Schulantrag, der schließlich an den Schul- und Verwaltungsausschuss mit der Auflage verwiesen wurde, die Verhältnisse noch einmal zu überprüfen und dem Rat neue Vorschläge vorzulegen.

Was in den Elternversammlungen die Gemüter bewegt hatte, wurde gestern noch einmal gesagt, zum Teil mit sehr scharfen Worten: dass mit der Schaffung von Konfessionsschulen in der Bonifatius- und der Fröbelschule ein Schulchaos geschaffen würde, das im Interesse der Kinder, Eltern und Lehrer nicht zu verantworten sei: ein Unterricht in zwei oder sogar in drei Schichten würde die Folge sein.

In einem Schreiben an den Oberbürgermeister schloss sich der Stadtkirchenausschuss den Protesten an. Auch er betont, dass dem Schulgesetz Genüge getan werden müsse. Das dürfe aber nicht zu einer unerträglichen Belastung der evangelischen Kinder führen und den angestrebten Normalunterricht für lange Zeit unmöglich machen.

SPD und FDP erkannten schon vor Beginn der großen Debatte die Berechtigung dieser Argumente an, in Übereinstimmung mit dem Ratsherrn Lohse, der im Namen der DP/BHE den Antrag noch einmal überprüft wissen wollte. Ratsherr Lohse überlegte es sich jedoch noch vor der Abstimmung anders und trat von seinem Antrag zurück.

Senator Dr. Niggemann (CDU) machte sich zum Sprecher der Pläne, Bekenntnisschulen am Bonifatiusplatz und in der Fröbestraße einzurichten, als einen „Akt der Wiedergutmachung“. Er sprach unter lauten Missbilligungsrufen von „unkontrollierbaren Eingaben“ und meinte die mit überwältigender Mehrheit gefassten Resolutionen der betroffenen Eltern. Dem Schulgesetz müsse, das sei eine demokratische Pflicht, Folge geleistet werden, zumal mit der Anmeldung von 3351 Kindern die Voraussetzung für die Schaffung der Konfessionsschulen gegeben sei.

„Bekenntnisschulen dürfen nur errichtet werden, wenn ausreichender Schulraum für die Gemeinschaftsschule vorhanden ist“, hielt ihm Ratsherrin Sehlmeier (FDP) entgegen. In den vorgeschlagenen Schulen fehle diese Voraussetzung, obwohl sie am günstigsten im Schulwesen der Landeshauptstadt dastünden. Frau Sehlmeier äußerte die Vermutung, dass es hier nicht mehr um die Frage des Wohles der Schulkinder, sondern für eine kleine Gruppe um „eine Machtfrage“ gehe, dass eine Minderheit versuche, „eine Mehrheit zu terrorisieren“.

Bürgermeister Holweg erklärte für die SPD, dass seine Fraktion Konfessions- Glaubenslosenschulen für überflüssig halte und das Zusammengehen in einer christlichen Gemeinschaftsschule befürworte. Doch das Schulgesetz sei da und müsse respektiert werden. Zuerst ginge es jedoch darum, dafür im Schulbau die Voraussetzungen zu schaffen.

Zu Senator Niggemann gewendet: „95 % der Eltern und mehr wenden sich gegen die Absicht, in ihren Schulen Bekenntnisschulen einzurichten.“ Es sei demokratisch, auf diese überwältigende Mehrheit zu hören. „Weder Sie noch ein Mitglied Ihrer Fraktion hat es für nötig gehalten, in die Elternversammlungen zu gehen, denen die Vertreter aller anderen Fraktionen beigewohnt haben!“

„Ist ja schriftlich bekannt“, antwortete Dr. Niggemann. Sein Fraktionskollege Ratsherr Kaminski assistierte unter Missfallensrufen und Gelächter: „Es ist ja nicht nötig, dass wir in eine kochende Volksseele hineingehen.“

Schul- und Verwaltungsausschuss wollen jetzt versuchen, andere Möglichkeiten zu finden, die Forderungen des Schulgesetzes zu erfüllen. Eltern der Bonifatius- und Fröbelschule ist vom Rat der Stadt eine große Sorge genommen worden.

„Gegen sechs Stimmen der CDU angenommen“, sagte Oberbürgermeister Weber, der als privaten Wunsch äußerte, dass sich der Schulausschuss mit den Elternräten an einen Tisch setzen möge. Die Besucher der Elternschaft auf den Tribünen atmeten erleichtert auf.

Der Schulkampf geht weiter. Die katholischen Eltern wehren sich.

Wir lesen unterm 30. November 1955 in der (Norddeutschen) Hannoverschen Zeitung:

„Noch einmal Bekenntnisschule. Katholische Eltern nehmen Stellung – Kinder müssten umgeschult werden.“

Zur Frage der Einrichtung von Bekenntnisschulen in Hannover nahmen die Vorsitzenden der katholischen Elternschaft noch einmal Stellung. Alle Bedingungen des Niedersächsischen Schulgesetzes für die Einrichtung von Bekenntnisschulen sind in Hannover erfüllt. 2406 Eltern haben den Antrag dazu gestellt und 3098 Kinder sind angemeldet worden.

Nach den Darstellungen von Dipl.-Ing. Happe als Vorsitzenden der katholischen Elternschaft und Senator Dr. Niggemann (CDU) handelt es sich bei der Erfüllung des Gesetzes lediglich um eine organisatorische Maßnahme. Die als Bekenntnisschulen vorgesehenen Volksschulen müssten in katholische Schulen umgewandelt und die Grenzen der Schulbezirke geändert werden. Es handelt sich nicht darum, neue Schulen einzurichten oder in die vorgesehenen Schulgebäude am

Bonifatiusplatz und an der Fröbelstraße zusätzliche Unterrichtsschichten hineinzupressen. Es müsste jedoch eine Anzahl Kinder umgeschult werden. Das Gesetz bringe für alle Härten. Die größten Härten hätten die Katholiken zu ertragen gehabt, da Hunderte von Bekenntnisschulen auf dem Lande in Gemeinschaftsschulen umgewandelt worden seien.

Es wurde darauf hingewiesen, dass von den rund 525000 Einwohnern Hannovers rund 72000 katholisch seien, von den 40000 Volksschülern rund 5400. Aus diesen Zahlen und dem Schulgesetz ergäbe sich, dass in Hannover etwa sechs katholische Bekenntnisschulen einzurichten seien.

Die dabei entstehenden Schwierigkeiten würden nicht verkannt, erklärte Dr. Niggemann. Propst Unverhau betonte jedoch, dass sich die Stadt diese Schwierigkeiten selbst zuzuschreiben habe, denn seit Jahren habe sie schon verhindert, dass sich an den Gemeinschaftsschulen katholische Sammelschulen bildeten.

Anschließend wurde festgestellt, dass die katholischen Eltern auf Errichtung der Bekenntnisschulen, unabhängig von der noch vom Rat zu treffenden Entscheidung, bestehen werden.

Die „Allgemeine Zeitung“ berichtet am 30. November 1955 über die Gegenwehr der katholischen Eltern:

„Schulumschichtung vorgeschlagen. Katholische Elternschaft hält an ihrer Forderung fest. Dass die katholische Elternschaft in Hannover nicht gewillt ist, den Beschluss des Rates der Stadt vom 23. November, nur eine katholische Bekenntnisschule in Hannover einzurichten, unwidersprochen hinzunehmen, ging aus einer Erklärung hervor, die am Dienstag von den Vertretern der katholischen Elternschaft abgegeben wurde. Darin wird dem Rat der Vorwurf gemacht, dass es ihm bei gutem Willen möglich gewesen wäre, den Vorschlag des Schulausschusses zu verwirklichen, indem auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, in den Volksschulen am Bonifatiusplatz, in der Fröbelstraße und an der Hildesheimer Chaussee katholische Bekenntnisschulen einzurichten. Die Elternschaftsvertreter wiesen darauf hin, dass die Einrichtung von Bekenntnisschulen im Rahmen einer Umschichtung der Kinder vorgenommen werden solle. Beispielsweise wohnen im Bezirk der Bonifatiuschule rund 480, im angrenzenden Bezirk von St. Marien 700 katholische Kinder. 800 bis 900 von ihnen könnten die Bonifatiuschule bequem erreichen. 827 wurden für diese Schule angemeldet. Bis auf 180 katholische Kinder, die diese Schule bereits besuchen, müssten die Kinder der Bonifatiuschule auf die acht im Umkreis von etwa einem Kilometer um die Bonifatiuschule gelegenen Volksschulen verteilt werden, in denen die katholischen Kinder die Plätze freimachen würden. Auf diese Weise müsste es möglich sein, die Forderung der katholischen Eltern zu erfüllen.

1932 waren in Hannover von rund 440000 Einwohnern 48000 katholisch. Sechs von 60 Volksschulen waren katholische Schulen. Heute leben in Hannover 72600 Katholiken mit 5400 schulpflichtigen Kindern. Die Vorsitzenden der katholischen Elternschaft, Bundestagsabgeordneter Naegel und Happe betonen daher, dass die Forderungen auf Errichtung von zunächst drei Bekenntnisschulen nicht unbedingt unberechtigt sei und verwiesen auf das Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. Bis zum 31. Januar 1956 müsse der Rat entscheiden, ob er von dem ihm in diesem Gesetz zustehenden Recht Gebrauch machen wolle, die Errichtung von Bekenntnisschulen bis auf zwei Jahre hinauszuschieben. In diesem Falle würde sich die katholische Elternschaft wahrscheinlich gezwungen sehen, auf dem Wege eines Verwaltungsstreitverfahrens ihr Recht zu suchen. Sie hoffe jedoch, dass dies nicht notwendig sein werde und vielleicht auf dem Verhandlungswege mit der evangelischen Elternschaft eine Lösung gefunden werden könne. Selbst wenn in den nächsten zwei Jahren sechs neue Volksschulen in Hannover gebaut werden könnten, würde man nach Ablauf dieser Zeit vor der gleichen Frage stehen wie heute.

Die vereinigten Elternausschüsse der katholischen Pfarrgemeinden Hannovers legten Dienstagabend im Spiegelsaal der Stadthalle „gegen die Beschlüsse des Rates der Hauptstadt Hannover vom 23. November schärfsten Protest ein“. Die Vertreter der Elternschaften betonten, dass der Rat nach dem Schulgesetz verpflichtet sei, mindestens drei oder vier Bekenntnisschulen einzurichten. Sie forderten die Einrichtung von mindestens zwei weiteren Schulen zu Ostern 1956 und die Zusage, dass zu Ostern 1957 noch einige Bekenntnisschulen eingerichtet würden. Die katholischen Eltern sind entschlossen, jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, um die Einrichtung der Schulen zu erreichen.

Senator Dr. Niggemann sagte, die Katholiken könnten nicht daran denken, einen Keil in das christliche Lager zu treiben. Wenn die evangelischen Eltern oder die weltlich eingestellten Kinder eigene Schulen haben wollten, würden sich die Katholiken auch auf deren Seite stellen. Propst Unverhau betonte, dass das Verlangen der katholischen Eltern „keine ferngesteuerte Sache des Klerus sei“, wie es die Gegenseite hinstellen möchte.“

Der Ton der „Hannoverschen Presse“ vom 30. November 1955 wird heute sanfter. Wir lesen:

„Katholische Eltern nahmen Stellung. Die Errichtung von Bekenntnisschulen in der Landeshauptstadt wird weiter diskutiert.

In einer Pressekonferenz, die gestern Nachmittag von den katholischen Elternausschüssen veranstaltet wurde, nahmen Sprecher der katholischen Elternschaft zum Schulproblem in Hannover Stellung, mit einer Sachlichkeit, die Vertreter der katholischen Kirche bei Diskussionen über Schulfragen früher nicht bewiesen, und die offenbar zurückzuführen ist auf die erregte Reaktion der evangelischen Eltern angesichts der Nachteile und Härten, die für ihre Kinder durch Mehrbelegung der Schulen entstehen würden. Außer den beiden Vorsitzenden der Elternausschüsse, Wilhelm Naegel MdB. Und Dipl.-Ing. Happe, waren auch zwei Mitglieder der Ratsfraktion der CDU, Senator Dr. Niggemann und Ratsherr Dr. Geiss erschienen. Propst Unverhau nahm als Vertreter der Kirche Stellung.

Dr. Geiss erläuterte einleitend das Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen, das gegenüber dem alten Schulgesetz aus dem Jahre 1906 die Möglichkeiten zur Errichtung von Bekenntnisschulen stark einengte.

Nach § 8 Abs. 1 sind auf Antrag von Erziehungsberechtigten öffentliche Volksschulen für Schüler des gleichen Bekenntnisses im Rahmen dieses Gesetzes zu errichten. Als Voraussetzung dafür besagt der § 9, Abs. 1, dass im Bereich des Schulträgers ein angemessenes Volksschulsystem für Schüler aller Bekenntnisse vorhanden ist.

Wie wir berichteten, wurde der Antrag auf Errichtung von Bekenntnisschulen in den Schulen Bonifatiusplatz und in der Fröbelstraße in der vergangenen Woche vom Rat gegen nur 6 Stimmen an den Schul- und den Verwaltungsausschuss zurückverwiesen, weil nach Ansicht der Ratsmehrheit die genannte Voraussetzung nicht erfüllt ist. Die Eltern der betroffenen Schulen hatten gegen den Antrag protestiert, weil für ihre Kinder untragbare Nachteile (verlängerter Schulweg, Umschulung und Mehr-Schichten-Unterricht) zu erwarten waren.

Senator Niggemann wiederholte seine Ansicht, dass die Errichtung der Bekenntnisschulen einen „Akt der Wiedergutmachung“ bedeute. Er räumte ein, dass noch immer viele Schulen in der Landeshauptstadt fehlten. Man müsse aber zu einer tragbaren Lösung kommen, die dem Schulgesetz gerecht werde. Er machte dem Rat den Vorwurf, diesen „Akt der Wiedergutmachung“ seit Jahren „verschleppt“ zu haben.

Als Vertreter der katholischen Elternschaft erklärte Dipl.-Ing. Happe, dass von 40000 Volksschulkindern 5400 katholisch seien. Für 3098 Kinder lägen Anmeldungen für Bekenntnisschulen vor. Nach der paritätischen Rechnung habe die katholische Elternschaft Anspruch auf sechs Bekenntnisschulen.

Zur Sprache kam auch der § 12 des Gesetzes, der unter anderem besagt: „Können die für die neue Schule erforderlichen Räume zu diesem Termin nicht gesichert werden, so kann die Errichtung der Schule um ein Jahr, längstens aber um zwei Jahre hinausgeschoben werden.“ Ein solcher Beschluss bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Veranstalter der Konferenz deuteten an, dass sie in einem solchen Falle eine Verwaltungsklage erwägen.

Dr. Niggemann vertrat die Meinung, dass ausreichende Schulverhältnisse erst in zehn Jahren erreicht werden könnten. Bei einer Aufschiebung stünde der Rat in zwei Jahren vor der gleichen Situation wie jetzt. Dr. Niggemann und die anderen Sprecher räumten ein, dass die Bekenntnisschulen für die evangelischen wie auch für die katholischen Kinder „einige Härten“ mit sich bringen würden. Dem Gesetz müsse aber Genüge getan werden.

Propst Unverhau als Vertreter der katholischen Kirche setzte sich unter anderem mit dem Argument auseinander, dass mit den Bekenntnisschulen „Zwergschulen“, nicht voll ausgebaute Schulsysteme, geschaffen würden, die nach Meinung von Pädagogen nicht tragbar sind. Propst Unverhau sagte lediglich, dass es in den meisten Orten des Landes keine voll ausgebauten Schulsysteme gäbe.

Abends wurden die Elternvertreter der katholischen Gemeinden in einer Versammlung mit den in der Pressekonferenz vertretenen Argumenten vertraut gemacht.

Die Zeitung „Die Welt“ berichtet unterm 7. Dezember 1955 über den Schulkampf. Unter dem Titel: „Test für das Schulgesetz. Konflikt um katholische Bekenntnisschulen in Hannover, lesen wir:

„Das niedersächsische Schulgesetz, vor gut einem Jahr nach heftigen Kämpfen unter der Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Kopf (SPD) verabschiedet, droht erneut den schulpolitischen Frieden Niedersachsens zu gefährden. Mit einiger Sorge blicken Politiker und Parlamentarier nach Hannover, wo es jetzt bei den ersten Versuchen, das Gesetz in die Praxis umzusetzen, zu einem offenen Konflikt gekommen ist. Der Streit erreichte seinen Höhepunkt, als vor einigen Tagen der Rat der Stadt nach mehrstündiger, erregter Debatte einen von der Schulverwaltung ausgearbeiteten Vorschlag ablehnte, in der über 500000 Einwohner zählenden Hauptstadt des Landes drei katholische Bekenntnisschulen einzurichten. Stattdessen fasste er einen Beschluss, den die katholischen Eltern heute als Spiegelfechtereie bezeichnen. Die Ratsversammlung beschloss nämlich, vorerst nur eine katholische Bekenntnisschule einzurichten. Dieser Beschluss ist nach Ansicht der katholischen Kreise ein geschickter Schachzug, der praktisch zu nichts verpflichtet. Denn die zugewilligte

Konfessionsschule ist de facto schon seit langem eine katholische Schule. Sie wird fast ausschließlich von katholischen Schulkindern besucht, und der Unterricht wird von katholischen Lehrern erteilt.

Dass die sozialdemokratische Ratsmehrheit zusammen mit FDP und DP den Vorschlag ihrer eigenen Schulverwaltung verwarf, hatte verschiedene Gründe. Kaum war nämlich bekanntgeworden, dass die Errichtung katholischer Konfessionsschulen – sie sind von 2406 katholischen Eltern für insgesamt 3352 Kinder beantragt worden, nur durch die Eingliederung in bereits bestehende Volksschulen ermöglicht werden kann, da protestierten die Eltern der betroffenen Schulen auf das schärfste und drohten mit einem Schulstreik.

Eine besondere Nuance erhielt der Streit noch dadurch, dass sich auch der evangelische Superintendent den Protesten anschloss. In einem Schreiben, das die Ratsmitglieder vor der entscheidenden Sitzung auf ihren Plätzen fanden, wies er auf die „unzuträgliche Benachteiligung der evangelischen Schüler“ hin und vermerkte dabei, dass in Hannover auf 80 % evangelische noch nicht einmal 14 % katholische Christen kommen. In der Kanzlei des hannoverschen Landesbischofs – und nicht nur hier – löste dieser Schritt einiges Unbehagen aus. Zum gleichen Zeitpunkt nämlich hatte man eine Empfehlung an die evangelischen Amtsträger gerichtet, sie sollten sich jeder Einmischung bei der Durchführung des Schulgesetzes enthalten.

Inzwischen sind sich alle Verantwortlichen darüber im Klaren, dass die hannoverschen Vorgänge einen Testfall darstellen, dessen Bedeutung im Hinblick auf die von der Bundesregierung angestrebte Konkordatsklage noch verstärkt wird. Denn allzu leicht könnte durch die hannoverschen Ereignisse die bisherige Argumentation der niedersächsischen Regierung erschüttert werden, dass das Schulgesetz die Einrichtung von Konfessionsschulen nicht in Frage stellt.

Auf der Versammlung hat jetzt die katholische Elternschaft scharfsten Protest gegen die Beschlüsse des Rates eingelegt. Dabei fielen harte Worte: Man behandelt uns in Niedersachsen wie Staatsbürger zweiter Klasse, dem Rat der Stadt Hannover fehlt es lediglich am guten Willen. Was die katholischen Eltern weiter zu tun gedanken, wurde in einer Entschließung formuliert: Wir sind entschlossen, jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, um die Einrichtung katholischer Schulen zu erreichen.

Bis zum 31. Januar hat der Rat der Stadt Hannover noch die Möglichkeit, seinen bisherigen Beschluss zu revidieren. Wie die Auseinandersetzung aber auch ausgehen wird, eines hat der Schulkonflikt mit aller Deutlichkeit gezeigt: der Gesetzgeber sollte keine Gesetze erlassen, ohne vorher genau zu prüfen, ob diese Gesetze in allen ihren Teilen auch praktikabel sind. Das niedersächsische Schulgesetz bestimmt zwar unter welchen konfessionspolitischen Voraussetzungen Bekenntnisschulen eingerichtet werden müssen, über die entscheidenden finanziellen Probleme, die sich daraus ergeben, aber äußert es sich nicht.“

Einen ausführlichen Bericht gibt „Das Wort“ am 5. Februar 1956, wenn wir dort lesen:

Der Schulkampf geht weiter. Niedersächsische Gemeinden treiben Schulpolitik auf eigene Faust. Der niedersächsische Schulstreit ist durch den Erlass des Schulgesetzes in keiner Weise beendet worden. Es ist ja bekannt, dass das Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten ist. Darüber hinaus scheint es aber, als ob es auch von seinen eigenen Anhängern dann angefochten und in seiner Gültigkeit beeinträchtigt wird, wenn die katholische Minderheit von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch macht.

Rat der Landeshauptstadt lehnt an...(In der Herberge war kein Platz für ihn.)

Wir wollen keinen verspäteten Weihnachtsartikel schreiben, aber am Schluss der Weihnachtszeit wird dieser Satz des Weihnachtsevangeliums noch einmal mit aller Deutlichkeit unterstrichen und bewahrheitet sich zum soundso vielen Male, dass für Christus in der Herberge der Welt kein Platz ist...

Steifer, kalter Ostwind fegt über die Dächer der Stadt Hannover, als die Ratsherren der Stadt zu ihrer Sitzung am 31. Januar 1956 zusammentraten. Klirrender Frost malt eiskalte Blumen an die Fenster, als man beschloss, die Einrichtung katholischer Schulen auf weitere zwei Jahre hinauszuschieben. Kalten Herzens schritt man über den Antrag, den katholische Eltern von 2403 Kindern stellten, hinweg, über die Anmeldung 3352 Kindern zu den einzurichtenden katholischen Schulen. Wir haben keinen Platz dafür, fertig, punktum. In zwei Jahren könnt ihr vielleicht noch einmal anfragen, ob wir dann Platz in unseren Schulen haben. Bis dahin können wir andere Gründe gefunden haben, um euer Begehren von neuem abzulehnen. Das ist gemeint, auch wenn man den Katholiken versichert, in zwei Jahren werden wir alle eure Wünsche erfüllen. Ein Ratsherr führte in der Ratsversammlung aus, dass es mindestens noch sechs Jahre dauere, bis die Schulraumnot in Hannover überwunden sei. Demgegenüber setzt das Gesetz nur einen erlaubten Aufschub um zwei Jahre fest. Die katholischen Eltern haben das Gesetz nicht gewollt. Mögen die, die es beschlossen haben, sich um loyale Durchführung ihres eigenen Werkes in der Praxis bemühen. Derselbe Ratsherr regte auch an, die Bischöfliche Behörde in Hildesheim möge der Stadt Hannover ein Darlehen von zwei Millionen DM geben, damit die Stadt eine katholische Schule bauen könne. Was soll man zu solch einem Vorschlag

sagen? Die Katholiken, die dieses Gesetz immer bekämpft haben, weil es ihnen fast alles nimmt und nur ganz schmale Rechte einräumt, die sollen jetzt auch noch ihre staatsbürgerlichen Rechte, die gesetzlich festgelegt sind, selbst finanzieren. Das dürfte wohl die stärkste Zumutung sein, die dem katholischen Volk seit den Tagen des Dritten Reiches widerfahren ist.

Zehn Jahre haben Hannovers Katholiken auf die Erfüllung ihrer Wünsche gewartet, umsonst sind sie vertröstet. Der Rat der Stadt hat keinen Platz für sie.

Das Gesetz der Hinterhältigkeit. Katholische Eltern haben das jetzt gültige Schulgesetz in Niedersachsen stets bekämpft. Hildesheims Bischof hat 15 Punkte aufgezählt, die das Begehren katholischer Eltern verhindern, einengen oder unmöglich machen sollen. Punkt für Punkt muss schmerzvoll von den katholischen Eltern in Hannover jetzt durchlitten werden; keiner von ihnen bleibt ihnen erspart. Wenn sie glauben eine Hürde genommen zu haben, steht die nächste vor ihnen und will übersprungen werden. So will es dieses hinterhältige Schulgesetz, in das man alle List und Tücke hineingelegt hat, um katholische Schulen zu verhindern. Die katholischen Eltern sollen müde werden, um endlich Ruhe zu geben. Aber sie werden nicht müde. Die holländischen Glaubensbrüder haben 70 Jahre um die Bewilligung katholischer Schulen gekämpft. Man wird in Niedersachsen die gleiche Ausdauer zeigen und nicht einen Augenblick weich werden. Man wird nicht dauernd fragen, ob man endlich die Forderungen versteht, sondern vom Unverständnis der anderen gedrängt, will man jetzt auf dem Rechtswege die Erfüllung der berechtigten Forderungen suchen, hoffentlich dann auch mit besserem Gesetz als dem augenblicklichen Schulgesetz.

Der Stein des Anstoßes.

Die evangelischen Christen haben Sorge, die Katholiken würden ihren Kindern weite Schulwege zumuten, wenn sie die Einrichtung katholischer Bekenntnisschulen forderten. Die Sorge ist unnötig. Sie würde beseitigt, wenn der Schulausschuss der Stadt und die Schulverwaltung sich mit einigen erfahrenen Experten der beteiligten Elternausschüsse der katholischen Elternschaft zusammengesetzt und anhand der notwendigen Unterlagen die in Frage kommenden Schulsystem erst einmal zahlenmäßig zusammengestellt hätten. Das hat man nie getan. Nie hat die Schulverwaltung Zahlenmaterial den interessierten Elternschaften zur Verfügung gestellt, höchstens einem Senator, als es zu spät war und die Geister schon gegeneinander aufgestanden waren.

Als der Schulausschuss Hannovers die Elternschaften zu einer Aussprache einlud, waren die Mitglieder des Schulausschusses nur zu bedauern. Was sollten sie mit den Bedtiraden, die die Elternvertreter ihnen hielten, anfangen, die sich über die Frage „Bekenntnisschule – oder Gemeinschaftsschule“ in Form einer Grundsatzdebatte bewegte. Die Ausschussmitglieder durften nur schweigend den schlechten Darbietungen eines unfreiwilligen Zimmertheater-Ensemble zuhören, anstatt unterstützt von der Schulverwaltung Zahlen auf den Tisch zu legen und zu überlegen, wie die Schulen einzurichten sind. Aber das wollte man eben. Die katholischen Eltern sollen der „Stein des Anstoßes“, auch für ihre evangelischen Mitchristen werden. In Wirklichkeit heißt dieser Stein ganz anders, nämlich „Die Schulverwaltung der Stadt Hannover“, die weder Phantasie noch Können aufwies, um diese Frage elegant zu lösen.

Zu einer eleganten Lösung kam beispielsweise Hildesheim, eine doch sehr beachtliche Stadt in Niedersachsen, die es 1947 ohne Geräusch, aber mit Hilfe der notwendigen Experten fertig brachte, die katholischen einzurichten.

Braunschweig hat es sogar 1946 schon möglich gemacht, und da erklärt eine städtische Dienststelle dazu: In Braunschweig handelt es sich um katholische Privatschulen. Es dürfte sich in Niedersachsen herumgesprochen haben, dass es keine katholischen privaten Schulen gibt. In Wolfenbüttel kam man schon 1945 zu katholischen Sammelklassen in einem einzigen Schulsystem, in anderen Orten ähnlich. Nur die Hauptstadt Niedersachsens wollte, konnte und wusste keinen Weg, um die Bitten und Forderungen katholischer Eltern zu erfüllen.

Finale? Wenn die Stadtverwaltung und der Rat der Stadt Hannover glaubt, dass sie mit ihrem Beschluss vom 31. Januar 1956 das „Finale“ unter die Schulkämpfe in der Stadt Hannover setzt, dann ist sie im Irrtum. Katholische Eltern werden hier keine Ruhe geben, bis dass sie ihr Ziel „bekenntnisgleiche Schulen für katholische Kinder“ erreicht haben werden. Es gibt, wenn der Rat der Stadt Hannover sich versagt, auch im Gesetz von 1954 noch Möglichkeiten, um die Stadt an die Pflichten gegenüber einen Teil der Bevölkerung zu erinnern. Und die katholische Elternschaft wird keinen Weg umgegangen sein lassen, der sie zu diesem Ziele führt.

... und anderenorts fasste man die gleichen Beschlüsse.

Auch in der Stadtgemeinde Salzgitter-Watenstadt haben die katholischen Eltern Anträge auf Errichtung von katholischen Schulen in der gesetzlich vorgeschriebenen Form eingereicht. Dort hat der Rat beschlossen, solche Schulen nicht einzurichten. Wohlverstanden, der Rat hat nicht – wie das Gesetz ihm erlaubt – beschlossen die Einrichtung von katholischen Schulen um ein, höchstens um

zwei Jahre aufzuschieben. Er hat klipp und klar beschlossen, dass solche Schulen nicht eingerichtet würden. Man muss daraus den Schluss ziehen, dass das niedersächsische Schulgesetz in der niedersächsischen Stadtgemeinde Salzgitter-Watenstadt nicht gilt! Die Ratsmehrheit fügte sich einem SPD-Antrag, keine katholischen Schulen zuzulassen. Allerdings gibt es noch eine Schulaufsichtsbehörde, die notfalls auch anstelle des Rates entscheiden kann, ob katholische Schulen einzurichten sind oder nicht, wobei aber noch Standort und Zeitpunkt (innerhalb der nächsten zwei Jahre) strittig sein können, nicht aber die Errichtung der Schulen selbst.

Zu erheblichen Schwierigkeiten ist es auch in der Stadt Wolfenbüttel gekommen. In dieser Stadt bestehen seit vielen Jahren katholische Sammelklassen, ohne deren Existenz es ja nie möglich gewesen wäre, den im Gesetz vorgesehenen Religionsunterricht als Pflichtfach zu erteilen. Jetzt liest der Regierungsdirektor Wolf (Leiter der Schulabteilung Braunschweig) ein Mann der SPD aus dem niedersächsischen Schulgesetz heraus, dass diese katholischen Sammelklassen aus den Gemeinschaftsschulen auszuquartieren seien. Während man bislang immer den katholischen Eltern vorwarf, sie wollten einen konfessionellen Keil in die deutsche Jugend treiben, versucht hier ein niedersächsischer Regierungsdirektor und enger Mitarbeiter des früheren Kultusministers Voigt auf seine Art das zu tun, was er den katholischen Eltern fälschlicherweise vorwirft. Worauf mag es ihm dabei ankommen? Will er wirklich die „Volksgemeinschaft“ stören? Oder will er nur den katholischen Eltern das Verlangen nach katholischen Schulen austreiben, dass er diesen Schulen entsprechende räumliche Verhältnisse bietet, in Wolfenbüttel z. B. die sogenannten Kommissen, das ehemalige Frauengefängnis?

Natürlich – das kann man ohne Zweifel angesichts der seit zehn Jahren zu beobachtenden Praxis der dortigen Verwaltung behaupten – fehlt auch Goslar nicht in der Reihe jener Städte, die nicht bereit sind, eine katholische Bekenntnisschule einzurichten. Ebenso wie in Hannover hat der Rat am 31. Januar mit 19 gegen 7 Stimmen (6 der CDU und eine des BHE) beschlossen, dem Vorschlag der Verwaltung zu entsprechen, nämlich die Einrichtung einer katholischen Bekenntnisschule auf 1 bis 2 Jahre hinauszuschieben. Angeblich aus Raumgründen. In Wirklichkeit will man jedoch auch hier, durch eine wohlüberlegte Verzögerungstaktik den eindeutig zum Ausdruck gebrachten Willen der Eltern brechen. Alles in allem: Die katholischen Eltern werden nicht müde werden ihr Recht zu fordern.“

So ging der Kampf um die Einrichtung der katholischen Bekenntnisschulen noch einige Zeit weiter. Endlich wurde doch die zähe Ausdauer der katholischen Eltern mit der Einrichtung der Schule an der Hennigesstraße, unsere alte katholische Benschule, als katholische Bekenntnisschule belohnt.

Die Ausdauer wurde endlich belohnt. Im März 1958 hatte der Rat der Stadt Hannover für seine am 26. März 1958 angesetzte Ratsversammlung in seine Tagesordnung unter Punkt 1E Einrichtung einer Bekenntnisschule gesetzt. So konnte die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ bereits am 27. März melden:

„Ringens um die Bekenntnisschule, Meinungsverschiedenheiten im Rat. Es ging um Linden. Auf der gestrigen Haushaltssitzung des Rates kam auch die am 1. April beginnende Einrichtung einer römisch-katholischen Bekenntnisschule für den Stadtteil Linden zur Sprache.

Senator Dr. Voss (CDU) warb mit einem Seitenblick auf die einstimmige Verabschiedung des Haushaltsplanes um die gleiche Eintracht auch gegenüber berechtigten Wünschen eines Teiles der Einwohnerschaft. Ratsherr Trentsch (FDP) begründete, warum sich seine Fraktion der Stimme enthalte. Die jetzige Notlösung, die die zunächst nur sechs Klassen der neuen Bekenntnisschule auf drei Gebäude zersplittert, könne den katholischen Eltern nicht zugemutet werden.

Senator Niggemann (CDU) warf der Schulverwaltung vor, die Durchführung des Gesetzes über die Errichtung von Konfessionsschulen hinausgezögert zu haben. Professor Oppermann gab daraufhin zu, es handle sich vorerst um eine enttäuschende Lösung, nichtsdestoweniger sei sie aber in Anbetracht der Schulverhältnisse in Hannover ein Zeichen des guten Willens. CDU-Ratsherr Dr. Elkart forderte „als Protestant“ die Erfüllung der berechtigten Forderungen der katholischen Eltern, „das Gesetz muss erfüllt werden.“

Der Bürgermeister schob dem Bund und dem Land den Schwarzen Peter zu. Eine schnellere Freigabe des Wellenplatzes für den Bau der zweiten Volksschule dort und eine rechtzeitige Bewilligung der Mittel für die Ingenieurschule hätten so viele vorhandene Klassenräume freigemacht, dass eine der Volksschulen am Bonifatiusplatz schon in Kürze für eine vollständige Bekenntnisschule verfügbar gewesen wäre. Ratsherr Kasimir (SPD) forderte von den Fürsprechern der katholischen Elternschaft die gleiche Kompromissbereitschaft, die im Landtag das Konfessionsschulgesetz überhaupt erst zustande kommen lassen. Ratsherr Schneider (CDU) setzte sich mit dem Hinweis für eine zweite große Konfessionsschule ein, es wäre für die Kinder nur gut, wenn sie nicht jedes Mal während der

Religionsstunden auseinandergerissen würden. Senator Lehnhoff (FDP) verteidigte die Notlösung mit dem allgemein erschwerten Schulverhältnissen.

Die Einrichtung der Bekenntnisschule in der provisorischen Form wurde dann von der Mehrheit beschlossen, gegen sechs Nein-Stimmen und acht Stimmenthaltungen.“

Zu der Schulangelegenheit dürften noch nachstehende Notizen von Interesse sein:

Die Schulverwaltung der Hauptstadt Hannover gibt bekannt:

Volksschule für Schüler des römisch-katholischen Bekenntnisses. Es ist auf Grund des Niedersächsischen Schulgesetzes vom 14.9.1954 beabsichtigt, mit Beginn des Schuljahres 1958/59 im Stadtteil Linden eine 6klassige Volksschule für Schüler des römisch-katholischen Bekenntnisses zu errichten. Die Schulleitung dieser Schule soll in der Volksschule Hennigesstraße untergebracht und die Klassen auf die Schulgebäude Hennigesstraße, Fröbelstraße und Harenberger Straße verteilt werden. Kinder, die diese Schule besuchen wollen, müssen umgehend in der neuen Schule angemeldet werden. Die Anmeldungen werden vom 24. bis 26.3.1958 zwischen 10 und 12 Uhr und zwischen 17 und 19 Uhr in der Volksschule Hennigesstraße entgegengenommen.“

Eine weitere Notiz besagt:

„Im Stadtteil Linden soll mit Beginn des Schuljahres 1958 eine sechsklassige Volksschule für Schüler des römisch-katholischen Bekenntnisses eingerichtet werden. Die Leitung dieser Schule wird im Gebäude der Volksschule Hennigesstraße untergebracht und die Klassen auf die Schulgebäude Hennigesstraße, Fröbelstraße und Harenberger Straße verteilt werden.

Eltern, die den Wunsch haben, ihre Kinder diese Schule besuchen zu lassen, werden gebeten, diese umgehend in der neuen Schule anzumelden, wie aus einer Bekanntmachung in der heutigen Ausgabe einer Zeitung hervorgeht. Die Anmeldungen werden von Montag, den 24. bis Mittwoch, den 26. März zwischen 10 und 12 Uhr und zwischen 17 und 19 Uhr in der Volksschule Hennigesstraße entgegengenommen.

Um nochmals von kirchlicher Seite her den in Frage kommenden Erziehern ins „Gewissen“ zu reden und ihnen für die Neuerung Mut zu machen, hatte der Pfarrer von St. Benno, Herr Pastor Bank, den Diözesanbischof Heinrich Maria von Hildesheim gebeten, zu den Eltern über die Schulffrage zu sprechen. Am Osterdienstag sprach der Bischof in der Bennokirche zu den Eltern. Das „Wort“ berichtet darüber:

„Es geht um die Gewissensfreiheit. Mein Kommen zu euch in die St. Bennogemeinde hat einen besonderen Anlass. Es ist euch zum Ostertermin für euren Schulbereich eine katholische Volksschule zugestanden worden. Ihr habt durch euer zähes und mutiges Festhalten an den katholischen Erziehungsgrundsätzen erneut eure Treue zum katholischen Glauben und auch eure Treue zu den aus unserem Glauben erwachsenen Erziehungsgrundsätzen unter Beweis gestellt. Dafür wollte ich euch von Herzen danken.

In aller Öffentlichkeit möchte ich euch dafür ein Wort der Anerkennung geben. Es erfüllt mich mit großer Freude und mit Genugtuung, dass ihr nicht nachlasst auch unter den schwierigen Bedingungen, beharrlich das zu erstreben, was euch für eure Kinder zusteht. Es macht die große Verantwortung des Hirtenamtes leichter, wenn der Bischof weiß, dass die Eltern wachsam, konsequent und grundsatztreu an dem Ziele festhalten, das unser Hl. Vater zu fordern nicht müde wird: Katholische Schulen für katholische Kinder.

Diesen Dank und diese Anerkennung möchte ich mit besonderer Herzlichkeit auch ausdehnen auf alle jene Frauen und Männer, die sich in den vergangenen Monaten und Jahren um die Erreichung dieses Zieles so unentwegt bemüht haben, ob in den Ausschüssen oder im Stadtrat oder im Parlament. Dieser Dank gilt auch all den Frauen und Männern, die nicht unseres Glaubens sind, die dieses große Anliegen freimütig zu dem ihrigen machen, weil sie sich als Vertreter freier und gleichberechtigter Bürger wissen und einsetzen.

Vielleicht werdet ihr euch wundern, dass ich mich eigens bedanke für das, was geschehen ist. Vielleicht erwartet ihr etwas ganz Anderes. Ihr werdet wohl auch mit mir sagen: Es ist sehr bedauerlich, dass das uns jetzt Zugestandene doch nur ein Bruchteil ist von dem uns Versprochenen. Zudem ist die Art, in der diese Schule nun eingerichtet wird, kaum zumutbar.

Nachdem für über 3500 Kinder der Antrag für eine katholische Schule gestellt worden war, waren uns zwei Schulen zugesichert. Fast 90 Klassen hätten wir erwarten können. Bis heute haben wir eine einzige katholische Schule in Hannover. Nun bekommen wir ganze sechs Klassen noch dazu. Und – was einfach unzumutbar und unverständlich erscheint: Diese sechs Klassen werden auf drei Schulen verteilt. Das ist das Ergebnis langer Verhandlungen. Ein wirklich bitteres und spärliches Ergebnis, über das jeder objektive und vernünftige Mensch den Kopf schütteln wird. Und wenn wir uns auf solche Weise abspeisen lassen in einer Sache, in der wir völlig im Recht sind, dann machen wir uns

lächerlich. Darum wollte ich die Gelegenheit benutzen, euch zu danken für eure Treue, aber auch mein höchstes Befremden zum Ausdruck zu bringen gegenüber der Stadt, die es nicht unter ihrer Würde hält, ihre Bürger, genauer: ihre katholischen Bürger, so zu behandeln. Das muss jeden redlich denkenden Mann entrüsten und empören!

Ich weiß, und es ist uns allen bekannt, dass die Stadt große Sorgen hat und nicht im Handumdrehen alle jene Gebäude erstellen kann, die notwendig sind. Dafür wollen wir auch Verständnis haben. Aber wenn man jahrelang weiß, dass eine zugesagte Verpflichtung ansteht, dann ist solch ein Minimalismus, wie man ihn uns hier zumutet, einfach eine Herausforderung. Was ist das für eine Zumutung für den Schulleiter und die Lehrer? Was bedeutet das für katholische Eltern, die ihre Kinder aus einer Familie dann in verschiedene Schulen schicken müssen? Was bedeutet es für die Kinder, die unnötig weite Wege machen müssen und doch nicht die Geschlossenheit einer katholischen Gemeinschaft erfahren?

Ihr habt, liebe Eltern, diese Lösung zur Kenntnis genommen. Ich kann mir denken, dass ihr über die katholische Schule erfreut seid, aber dass ihr euch ärgert und empört über die Form, in der man sie euch anzubieten wagt. Und dann habt ihr Recht! Das sind erneute und erhebliche Sorgen für euch.

Und doch bitte ich euch alle herzlich: Haltet durch! Es kommt nun darauf an, dass wir das Wenige, das erreicht werden konnte, wenigstens behalten und ausbauen. Ihr von St. Benno habt ein vortreffliches Beispiel gegeben und eine außerordentlich gute Disziplin gewahrt. Haltet so durch für dieses Jahr. Man hat für 1959 zu Ostern ein ganzes Schulgebäude zugesichert. Ihr werdet sagen: „Wir glauben nichts mehr. Man hatte uns für 1958 zwei volle Schulgebäude zugesagt.“ Ich kann mir aber nicht denken, dass der Stadtrat es darauf ankommen lässt, noch mehr Unzufriedenheit unter den Katholiken und allen recht denkenden Bürgern aufkommen zu lassen. Ich kann mir schließlich auch nicht denken, dass die Regierung diese Geschelmissse einfach zur Kenntnis nimmt. Ich habe die Hoffnung, dass Einsicht und Vernunft doch siegen werden und man einen Weg findet, der annehmbar ist.

Oder will man uns sagen: „Hör, seid nur 14 % der Einwohnerzahl. Ihr habt auch nur für 14 % Gewissensfreiheit und Recht zu beanspruchen.“ Unser ohnehin für uns Katholiken untragbares Schulgesetz, mit dem wir uns abfinden werden, hat die Erstellung katholischer Schulen so sehr erschwert. Das Wenige, das uns noch darin möglich ist, sollte man dann aber auch richtig gewähren.

Es geht uns Katholiken nicht um eine Eigenwilligkeit und Sturheit. Es geht um unser Recht, um unsere Gewissensfreiheit, es geht um die Verantwortung für unsere Kinder und ihre aus dem Geist unseres Glaubens geforderte Erziehung.

Gestern vor einem Jahr habe ich von meiner früheren Pfarrei Kevelaer Abschied genommen, um als Bischof nach Hildesheim zu gehen. Dort hat beim Abschied der evangelische Pfarrer von Kevelaer mir den Gruß und Dank entboten für alle andersgläubigen Bewohner der Stadt. Er hat damals mir gesagt: „Exzellenz, ich wünsche ihnen in Hildesheim, dass sie dort so offene Türen und offene Fenster allerwärts finden bei denen, die nicht auf dem Boden ihrer Weltanschauung stehen, wie wir immer offene Türen und offene Fenster bei ihnen gefunden haben für unser Anliegen.“

Ein schönes Wort, wahrhaftig. Ein schöner Wunsch, wahrhaftig, wenn er sich auch so erfüllt hätte wie er gemeint war. Leider spüre ich hier vielfach etwas ganz Anderes.

Ich verstehe nicht, warum man gerade hier, in unserem Lande, hier unmittelbar an der Zonengrenze, derartig kämpfen muss um die christliche Substanz. Ich verstehe nicht, warum man gerade hier, wo man das Beispiel von Unfreiheit und Gewissensvergewaltigung so nahe vor Augen hat, wie es in dem Bereich jenseits der Grenze praktiziert wird, ich verstehe nicht, warum man hier es uns so schwer macht. Hier sollten wir alle Hilfe und Entgegenkommen erwarten dürfen, wenn es geht um die Festigung der geistigen Substanz in der Jugend unseres Volkes. Da sollte man nicht nur in klingenden Reden, sondern vor allem in der Tat und Wahrheit beste Hilfe und stärkste Unterstützung erfahren.

Darum bin ich auch euch Eltern so dankbar, dass ihr in eurem Bemühen nicht nachlasst, auch wenn man es so schwer macht. Sagt es auch euren Kindern, dass sie das zunächst Ungewöhnliche der Aufteilung auf drei Schulen in Geduld hinnehmen. Wir hoffen, durch euer Durchhalten erneut den Beweis dafür zu erbringen, dass katholische Eltern grundsatztreu und überzeugt ihren Weg gehen. Wir hoffen, dass gerade dadurch auch die Einsicht und das Verstehen für unsere gerechten Ansprüche wach werden.

Unsere Situation in der Siaspora ist überaus schwierig. Täglich erwachen Sorgen aus dem weiten Land. Wir müssen damit rechnen und wissen, dass es eben Seelsorgen sind, Sorgen um die Seelen. Aber diese Sorgen sind zugleich auch Sorgen um unser Volk und das Wachsen der Jugend in unserem Volk. Dass dieses junge Volk in unserem Lande auf dem Boden seiner christlichen Tradition aufwachse, das ist unsere Sorge.

Wir wollen bei all unserem Bemühen aber nicht vergessen, dass Seelsorge nicht auf dem Fundament von Verhandlungen und Verträgen, von Gesetzen und Vereinbarungen menschlicher Art allein steht, sondern auf einem anderen Fundament: Auf Gott, auf Christus, von dem Psalmist sagt: „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Eckstein geworden.“ Und Sankt Petrus fügt diesen Worten hinzu: „Er wurde zum Stein, an dem sie sich stoßen, zum Fels, an dem sie zu Falle kommen.“ Und der Hl. Paulus sagt es mit diesen Worten: „Es kann kein anderer Grund gelegt werden, als der, der gelegt worden ist; Jesus Christus.“ Darum müssen auch wir unser Bemühen und Ringen unterbauen mit unseren Gebeten und mit der Kraft unseres festen Gottvertrauens. So möchte ich euch mahnen mit den Worten des Apostelfürsten Petrus: „Schließt euch an ihn an, den lebendigen Stein, der von den Menschen zwar verworfen, bei Gott aber auserlesen und kostbar ist. Lasst euch als lebendige Bausteine aufbauen zu einem geistigen Tempel, zu einem heiligen Priestertum, um durch Jesus Christus geistige Opfer darzubringen, die Gott wohlgefällig sind.“

So bitte ich euch herzlich, fügt zu euren Mühen und eurem Opfer noch eure inständigen Gebete. Lasst eure Kinder beten. Betet täglich mit ihnen um dieses hohe Gut einer christlichen, glaubensfrohen Erziehung. Am Ende dieses Monats werde ich, so Gott will, nach Rom fahren, um dort dem Hl. Vater zu berichten über die Lage der Seelsorge in unserem Bistum. Ihr wisst, wie unser Hl. Vater gerade um die Jugend und ihre Schulen bemüht ist und sich sorgt. Ich werde ihm berichten über euren Kampf, eure Schwierigkeiten, aber vor allem auch über eure Freude.

Lasst uns nun zum Altare gehen, den Herrn in unsere Mitte holen, den Sieger, von dem wir im Osterliede singen: „Ihm kann kein Segel, Grab noch Stein, kein Felsen widerstehn! Schließt ihn der Unglaub' selber ein, er wird ihn siegreich sehn.“

Das ist unsere Zuversicht. Auf ihn vertrauen wir. Und wir gehen darum als österliche Menschen auch in die kommende Zeit. Die Schwierigkeiten, die uns erwachsen, fürchten wir nicht, weil uns der Herr gemahnt hat: „Euer Herz bange nicht und zage nicht, fürchtet euch nicht, ich habe die Welt überwunden.“

So konnte die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ bereits am 12. April 1958 über die Wiedereröffnung der katholischen Schule berichten:

„Nach zwanzig Jahren wiedereröffnet Linden erhielt wieder eine katholische Schule. Der Stadtteil Linden besitzt nun nach Döhren die zweite katholische Bekenntnisschule Hannovers. Zu einer schlichten Eröffnungsfeier hatten sich am Freitag vormittag über 260 Schulkinder mit ihren Eltern in der Aula der Hennigesschule eingefunden. In dieser Stammschule sind die ersten drei Schuljahre untergebracht. Die vierte und fünfte Klasse mussten des Platzmangels wegen in der Fröbel- und Albert-Schweitzer- Schule, die sechste Klasse in die Harenberger Straße (Limmerschule) verlegt werden. Die Schulleitung hofft, bis zum nächsten Jahre auch die Räume für die siebente und achte Klasse frei zu bekommen. Später sollen alle Klassen der katholischen Bekenntnisschule in der Hennigesschule vereinigt werden. Pastor Bank von der St. Bennokirchengemeinde begrüßte mit herzlichen Worten Schulkinder und Eltern. Dann überreichte er Rektor Kunst ein Kreuz aus der alten katholischen Schule, die vor 20 Jahren durch einen Erlass aufgehoben worden war. Dieses Kreuz hatte der Vater eines Schulkindes damals aus einem Klassenzimmer geborgen und bis zur Wiedereröffnung der Bekenntnisschule aufbewahrt. „Der Längsbalken weist zum Himmel, liebe Kinder“, sagte der Seelenhirte, „aber das Kreuz hat auch einen Querbalken, der daran erinnern soll, dass ihr euch auf dieser Erde durch Fleiß und Gehorsam den Himmel verdienen müsst.“

Rektor Kunst verlas die Grüße und Wünsche von Frau Schulrätin Ludwig, die leider verhindert war an der Eröffnungsfeier teilzunehmen. Als Vertreter des Elternausschusses der Bennogemeinde gab Herr Bettin seiner Freude Ausdruck, dass in derselben Schule, die viele Eltern besucht haben, wieder die Kinder zusammengefasst würden. Auch er bat die Eltern, so wie es der Rektor getan hatte, die anfänglichen Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Lobe den Herren“ wurde die Feierstunde geschlossen und die Kinder auf die einzelnen Klassen verteilt. Um zehn Uhr wurden dann die Schulanfänger, die mit ihren bunten Zuckertüten bewaffnet, aufgeregt und erwartungsvoll das alte Schulgebäude betreten hatten, besonders begrüßt.“

Die Kirchenzeitung bringt am 20. April 1958 einen frohen Bericht des Pfarrers von St. Benno, Herr Pastor Bank über die Wiedereröffnung der katholischen Schule, wenn sie schreibt:

„Die zweite katholische Bekenntnisschule in Hannover ist wieder da. Vor 20 Jahren wurden durch die Machthaber des Dritten Reiches alle katholischen Bekenntnisschulen in Hannover aufgehoben und die Kreuze aus den Klassenräumen entfernt. Seit 1945 hat die katholische Elternschaft Hannovers um die Wiedergutmachung des Unrechts gekämpft, aber bisher nur erreicht, dass vor zwei Jahren in Döhren eine katholische Bekenntnisschule wieder eingerichtet wurde. Am Samstag, den 22. März stand in den amtlichen Nachrichten der hannoverschen Zeitungen eine Mitteilung des Schulamtes, Ostern 1958 eine Bekenntnisschule in der Hennigesstrasse eingerichtet werden sollte, vorläufig mit

den ersten sechs Klassen, von denen zwei Klassen in der Hennigesstrasse, zwei Klassen in der Fröbelstraße und zwei Klassen in der Harenberger Straße untergebracht werden sollten. Eltern, die ihre Kinder in die katholische Bekenntnisschule schicken möchten, könnten sie am Montag, dem 24., Dienstag, dem 25. und Mittwoch, dem 26. März 1958, in der Zeit von 10-12 Uhr und 16-18 Uhr in dem Schulgebäude der Hennigesstrasse anmelden.

Trotz der Zeitkürze wurden alle katholischen Eltern durch den rührigen Elternausschuss der Bennogemeinde zur Anmeldung schriftlich aufgefordert, und am Mittwochabend waren 269 Kinder für die neue Bekenntnisschule angemeldet. Die Eltern haben dadurch ein Beispiel ihrer katholischen Glaubensüberzeugung abgelegt, obwohl sie wussten, dass weitere Schulwege und manche Schwierigkeiten auf sie warteten. Auf Bitten des Elternausschusses kam unser Bischof am Osterdienstag in die Bennokirche, um den Eltern ein Wort der Anerkennung und der innerlichen Ausrichtung zu geben. Die Bennokirche war am Dienstag von den Eltern der Schulkinder angefüllt.

Der Pfarrer von St. Benno durfte bei der Begrüßung des Bischofs dem Bischof die glaubenstreuen Eltern vorstellen und ihn um ein richtungweisendes Wort bitten. Unser Bischof sprach herzliche Worte des Lobes für Eltern und Seelsorger, sprach aber auch verstehende Worte für die Empörung über die Art, in der man jahrzehntealtes Unrecht wieder gutmachen wollte.

Nach der Predigt saßen im Pfarrhaus der Bennogemeinde um den Oberhirten Erzieher, Priester und Verantwortliche im Schulkampf Hannovers noch lange bei ernsten Beratungen.

Am Freitag, bei Schulanfang, wurde die neue katholische Bekenntnisschule eröffnet. Die angemeldeten katholischen Schulkinder hatten sich mit vielen Eltern in der Aula der Hennigesschule eingefunden. In der Hennigesschule, der früheren Bennoschule, sollen später alle Klassen vereinigt werden.

Pastor Bank von St. Benno begrüßte in der Eröffnungsfeier Schulkinder, Eltern und Lehrer. Er übergab dem Rektor Kunst ein Kreuz, das in der alten katholischen Bennoschule gehangen hatte und von dem Vater eines Schulkindes nach Auflösung der Schule aufbewahrt war.

Pastor Bank wies die Kinder auf die sinnbildliche Bedeutung des Kreuzes hin. Der Längsbalken weist zum Himmel, sagte er, wozu wir einmal kommen sollen. Aber das Kreuz hat auch einen Querbalken, der daran erinnert, dass alle auf dieser Erde sich durch Fleiß und Gehorsam den Himmel verdienen müssen.

Dann begrüßte Rektor Kunst die Kinder, seine Mitarbeiter und die Eltern und bat die Eltern, alle Schwierigkeiten zu meistern. Die Schulinstitut hatte sich wegen Arbeitsüberlastung entschuldigt und der Schule gute Wünsche gesandt. Ein Vater forderte, nicht eher Ruhe zu geben, bis in diesem Hause 8 Klassen einer vollaufgebauten katholischen Schule vorhanden sind.

Mit dem Liede „Lobe den Herrn“ gingen die Kinder in ihre Schulklassen. Die Gebete der Bennogemeinde gehen mit ihnen. Ein neuer Anfang ist gelegt im Eckstein Christus, vor dem unser Bischof predigte, dem unsere Elternschaft dient und ihre Kinder in einer katholischen Bekenntnisschule zusammenführen will.

Außerdem bringt die Kirchenzeitung noch den Wortlaut der Bischofspredigt.

„Das Wort“ bringt unterm 20. April 1958 nochmals einen Bericht über den Beginn der neuen katholischen Bekenntnisschule, der aber trotzdem, der Vollständigkeit halber angeführt werden soll.

„Katholische Volksschule Hannover-Linden.“

So war es während dreizehn Jahren: Mit den tausenden katholischer Eltern Hannovers haben die Mitglieder der Pfarrei St. Benno immer wieder betont, „es ist unser Recht die Wiederherstellung der zu Unrecht aufgehobenen katholischen Volksschule an der Hennigesstrasse zu fordern.“

Und dann war es soweit. In knappen drei Tagen einer (wie vielen eigentlich) erneuten Anmeldung werden 269 katholische Kinder angemeldet, das macht deutlich: Schwierigkeiten erschüttern die Eltern nicht. Sie wollen ihr Recht.

In den Nachtstunden des Palmsonntag – nach der Bußwallfahrt – bitten Väter den Bischof um eine Predigt in St. Benno (Hannover-Linden) --- und am Osterdienstagabend zieht durch ein Spalier der Jugend der Bischof in die dichtgefüllte Kirche.

Pastor Bank, der den Eltern seit 1945 unermüdlicher Helfer und Rater war, begrüßt den Bischof und bittet um sein Bischöfliches Wort zu Beginn eines neuen Anfangs. Der Pfarrer dankt aber auch den Eltern für die erneut bewiesene Treue für das öffentliche Glaubensbekenntnis, das damit die Bennogemeinde in der Landeshauptstadt abgelegt hat. Und dann spricht der Bischof:

„Glaubt mir, die schwere Hirtensorge des Bischofs wird leichter, wenn er solche Glaubenstreue erlebt.“ Den vollen Wortlaut der Bischofspredigt veröffentlichte „Das Wort“ bereits in seiner letzten Ausgabe vom 13. April.

Noch eine halbe Stunde nach Beendigung der katholischen Feierstunde „erzwingen“ Jugendliche eine Unterbrechung ernster Beratung und umjubeln ihren Bischof. Klerus, Erzieher und Männer des öffentlichen Lebens berieten noch mit dem Bischof die Lage, die gekennzeichnet wird durch die

Zerreißung der neuen katholischen Schule in vier Schulgebäuden, durch die Entrechtung der Eltern von Kindern des siebten und achten Schuljahres, für die Anmeldungen nicht angenommen werden durften, durch die Zeitknappheit und die vor allem durch die Ausdehnung eines Schulbezirkes der sechs- bis zehnjährigen Kinder – bei wörtlicher Auslegung der Anmelde-Ausschreibung Schulwege von zwei vollen Stunden.

Versuche, wenigstens das Härteste zu mildern, waren bisher ohne eigentlichen Erfolg. Trotzdem fllten nach den Osterferien am Tag des Schulbeginns 269 Kinder, ihre Mütter und ein Teil der Väter Gänge und Treppenhaus der Hennigesschule und versammelten sich in der Aula zu einer kurzen eindrucksvollen Eröffnungsfeier.

„Ich habe euch das Schönste mitgebracht“, rief Pastor Bank Eltern und Kindern zu und hob ihnen ein Kreuz entgegen.

Jahrelang haben Eltern drei Kruzifixe aus der Bennoschule, die 1938 vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten bewahrt werden konnten, aufgehoben. Nun schenkte der Seelsorger diese den Kindern. In seiner packenden Art steigerte Pastor Bank seine Ansprache zu einem anschaulichen Unterricht über das Kreuz, mit dem man aller Schwierigkeiten Herr werden kann. Nicht nur zum Himmel zeige der senkrechte Balken, es mahne auch der Querbalken, das Leben zu meistern. Kinder und Eltern spürten, hier spricht einer, dessen Wort ehrlich und überzeugend ist, der es einfach „gut“ mit ihnen meint. Sie spürten, der Bischof hat Recht als er Osterdienstag feststellte: „Diese Stunde ist auch eine hohe Anerkennung für die opfervolle Arbeit eures Pastors.“ Rektor Kunst begrüßte seine neuen Kinder, gab die erste Ordnung bekannt und bat die Elternschaft um Verständnis. Seine Aufgabe war es, die verhinderte Schulrtin zu entschuldigen. Ein Vater sprach davon, dass vor 50 Jahren zuerst hier katholische Jungen und Mädchen eingeschult wurden, dass durch 30 Jahre die „Bennoschule Männer und Frauen heranbildete, sich bewährten, wo immer sie das Leben hinstellte. Er versprach, das katholische Hannover – vorab über der Elternausschuss der Bennogemeinde – werde nicht „eher Ruhe geben, bis in dieser Hennigesschule eine voll ausgebaute achtklassige katholische Schule besteht.“ Seinen Gr an das katholische Lehrkollegium schloss er mit der Bitte, zu helfen bei der Erziehung der Kinder, die man ihnen anvertraue als das Beste was die Eltern hätten. Dann sangen helle Kinderstimmen das „Lobe den Herrn“ --- Eine neue Generation ging in ihren kleinen Alltag. Die Gebete einer großen Pfarrfamilie begleiteten sie. Die Eltern, die an dieser Feierstunde teilnehmen durften, haben vielleicht nie so sehr den Satz verstanden wie jetzt, da eines „ihrer“ Schulkreuze dem Rektor übergeben wurde. „Im Kreuz ist Heil“

In den Jahren des Schulneubaus wurde den Schulen Namen bekannter Persönlichkeiten gegeben. So erhielt auch unsere alte Bennoschule den Namen „Eichendorffschule“.

Der Bischof hat sein Versprechen, den Heiligen Vater über unseren Schulkampf zu berichten, getreulich gehalten. Der III. Vater hat ihn gebeten, seine Freude über diesen Bericht an die Bennogemeinde weiterzuleiten.

(Anm.: Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels ist der Bericht nicht greifbar. Er wird aber, sobald die Akte zur Hand ist, diesem Artikel beigelegt.)

Der Schulbetrieb wurde wieder aufgenommen, wobei allerdings die „Zerstückelung“ auf drei Schulgebäude in Kauf genommen werden musste. Zur Erteilung des Religionsunterrichtes waren die Geistlichen dauernd unterwegs von einer Schule zur anderen. Aber auch diese Schwierigkeit wurde überwunden, wie sich überhaupt der ganze Schulbetrieb allgemein erst einspielen musste.

Dass sich das System der Bekenntnisschulen im Lande Niedersachsen weiter verbreitete, zeigt uns eine kleine Übersicht in der „Hannoverschen Allgemeine Zeitung“ vom 11. August 1964:

„Die Bekenntnisschulen in Niedersachsen. Nach einer Zusammenstellung des Kirchenstatistischen Amtes der Evangelischen Kirche in Deutschland waren im Jahre 1961 von den 4821 Schulen in Niedersachsen 536 evangelische und 351 katholische Bekenntnisschulen. Während es in den Gemeinschaftsschulen 14500 Lehrer und 506000 Schüler gab, wurden in den evangelischen Bekenntnisschulen rund 2400 Lehrer und 70000 Schüler gezählt. In den katholischen Bekenntnisschulen wurden 61000 Schüler von 1660 Lehrern unterrichtet. Von den 536 evangelischen Bekenntnisschulen entfallen allein 427 auf den Bereich des früheren Landes Oldenburg. Von den 351 katholischen Bekenntnisschulen liegen 214 im früheren Lande Oldenburg. Allerdings geben diese Zahlen kein ganz genaues Bild, weil sie nicht berücksichtigen, dass unter den Gemeinschaftsschulen viele Schulen sind, auf denen ein hoher Prozentsatz von Lehrern eines Bekenntnisses einen überwiegend hohen Prozentsatz von Schülern desselben Bekenntnisses unterrichtet.“

Im Juni 1968 konnte die Eichendorffschule ihr zehnjähriges Bestehen und eifriges Schaffen feiern. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ berichtet unterm 2. Juli über eine Feierstunde aus diesem Anlass:

„Am Anfang stand die Raumnot. Feierstunde zum zehnjährigen Bestehen der katholischen Eichendorffschule in Linden.

In einer Feierstunde in der Turnhalle der Eichendorffschule in Linden gedachten Schüler, Lehrer und Eltern des zehnjährigen Bestehens der römisch-katholischen Bekenntnisschule in Linden. Zu den von Rezitationen und Vorträgen des Schulorchesters und-chores umrahmten Veranstaltung konnte Rektor K.-E. Schädel als Ehrengäste Dechant Bank, Vertreter der katholischen Bonifatius- und Kardinal-Bertram-Schule, Schulrat a. D. Naeschke sowie Vertreter der benachbarten Schulen und der Landesmannschaft Schlesien begrüßen.

Einleitend gab Rektor Schädel einen Rückblick auf die Entwicklung der vom Rat im März 1958 beschlossenen sechsklassigen Volksschule. Am Anfang standen Schichtunterricht und Schulraumnot. Obwohl das angestammte Schulhaus in der Hennigesstraße erhalten blieb, musste wegen der Mitbenutzung durch die Berufsschule II zum Teil in Räumen der Volksschule Fröbel- und Harenberger Straße unterrichtet werden. Nach Umquartierung der Berufsschulklassen ging das Schulhaus in den Alleinbesitz der katholischen Volksschule über, die vom Rat 1963 den Namen Eichendorffschule erhielt.

Im zweiten Teil seiner Rede befasste sich Rektor Schädel mit den jüngsten Problemen der Lindener Schule. Dabei erwähnte er den natürlichen Bevölkerungsschwund im Stadtteil Linden durch die Abwanderung vieler junger, kinderreicher Familien in die Stadtrandgebiete und den Rückgang der Schülerzahl. In diesem Zusammenhang betonte Schädel, die Elternschaft Lindens habe im Interesse der Erhaltung der Bekenntnisschule die wohlwollende Behandlung der Personal- und Sachfragen durch den Regierungspräsidenten und den Rat der Stadt mit Genugtuung und Dankbarkeit zur Kenntnis genommen.

Im Verlauf seiner Ausführungen wies der Rektor ferner darauf hin, dass die Schule in der Hennigesstraße nach einer Schule in der Neustadt am Kanonenwall und der 1878 in der Kaplanstraße, mit finanzieller Unterstützung des Barons von Alten, erbauten katholischen Schule bereits 1908 als dritte Bekenntnisschule in Hannover entstanden sei.

Die Zeit schreitet weiter und bringt Änderungen mit sich. Dieses erleben wir auch in der Eichendorffschule. Die Kinder durchlaufen die Schuljahre, treten ins Leben ein und andere Kinder nehmen ihre Schulbank ein. Mal mehr, mal weniger. So ändert sich die Schülerzahl von Jahr zu Jahr. Da unser Stadtteil Linden überaltert ist, d. h. junge Leute keine der Neuzeit entsprechende Wohnung finden, ziehen sie in die Neubaugebiete am Stadtrand. Die heranwachsenden Kinder gehen dadurch unserer Schule verloren.

Aber auch hier hat man ein sinnvolles System ausgearbeitet. Wir lesen einen Bericht darüber in der Kirchenzeitung vom 23. Februar 1969:

„An der Spitze der Schulreform. Eichendorffschule Hannover-Linden führt Fünftagewoche ein. Leistungsgruppen an St. Ursula.

Das katholische Schulwesen in Hannover macht zum Schuljahreswechsel im kommenden Sommer einen großen Sprung nach vorn. In der Eichendorffschule in Linden wird erstmalig die Ganztagschule mit Fünftagewoche eingeführt. Das St. Ursula-Gymnasium durchbricht das traditionelle Schema der Schulklassen und führt Leistungsgruppen ein. Zwei katholische Schulen haben sich damit an die Spitze der Schulreform in der niedersächsischen Landeshauptstadt gesetzt.

„Geht's Ihnen gut – oder haben Sie auch Kinder an der Schule?“ Diese halb scherzhafte, halb ernste Frage wird heute manchen Eltern gestellt. Gemeint ist die Frage der Schularbeiten. Die Schule verlangt heute mehr von den Kindern als früher, und zwar von Anfang an. Die Eltern tun sich nicht selten schwer, die Schularbeiten zu beaufsichtigen: Vieles wird heute in der Schule anders gemacht als früher. Die Eichendorffschule bei St. Benno in Hannover-Linden will ab August diesem Problem zu Leibe rücken: Es wird die Ganztagschule eingeführt. Von 8.30 bis 16.30 Uhr sind die Kinder in der Schule. Die „Schularbeiten“ sind bereits fertig, wenn sie nach Haus kommen. Und samstags gehört nicht nur Vati den Kindern, sondern es wird auch umgekehrt gelten: Die Eichendorffschule gibt samstags schulfrei.

Auf katholischer Seite hat man lange gegen die Ganztagschule geredet: Sie schade der Familie, weil sie die Kinder zu lange festhalte. In Hannover ließ man diese Bedenken beiseite. Wird es nicht eine Verbesserung des Familienlebens sein, wenn die Kinder von Nachmittag an wirklich frei sind für die Familie, von der Zeit an also, wo die meisten Väter (und viele Mütter) von der Arbeit heimkommen? Eine Leistungssteigerung ist bei den Schularbeiten zu erwarten. Anderswo, z. B. am St. Ursula-Gymnasium, hat man seit langem gute Erfahrungen mit dem „Silentium“ gesammelt, wo Schülerinnen unter Aufsicht von älteren Mitschülerinnen nachmittags in der Schule arbeiten können. Die Eichendorffschule geht nun konsequent einen Schritt weiter und führt die Ganztagschule ein.

Anlass zu der Neuerung in Hannover-Linden ist die Tatsache, dass die Eichendorffschule vom neuen Schuljahr an keine Oberstufe mehr führen kann. Statt darüber zu lamentieren, entschloss man sich – und die letztverantwortlichen staatlichen und kommunalen Stellen dürften dabei mitziehen – zur leistungssteigernden Konzentration auf die ersten vier Jahrgänge. Nunmehr steht die Schule bei St. Benno allen Kindern der ersten vier Jahrgänge aus vier Pfarrgemeinden offen: St. Benno und St. Godehard in Linden, Christkönig in Badenstedt und St. Augustinus in Ricklingen. Kinder, die einen weiten Weg haben, werden gratis mit dem Schulbus abgeholt und wieder nach Hause gebracht. Es ist sogar möglich, Kinder bei der neuen Ganztagschule anzumelden, die schon anderswo zur Schule gehen oder angemeldet sind.

Ebenfalls mit Beginn des neuen Schuljahres macht das St. Ursula-Gymnasium Hannover einen Schritt nach vorn. In der Unter- und Mittelstufe wird in einzelnen Fächern, vor allem in den Fremdsprachen, der traditionelle Klassenverband aufgelöst. Die Schülerinnen werden in Leistungsgruppen zusammengefasst, damit sie intensiver gefördert werden können. Je nach Leistungsstand können sie halbjährlich die Leistungsgruppe wechseln.

Außerdem führt das St. Ursula-Gymnasium nach der zehnten Klasse die Möglichkeit eines abgerundeten Abschlusses ein. Statt Französisch erhalten die Schülerinnen der 9. und 10. Klasse Unterricht in Wirtschafts- und Sozialkunde. Wenn sie dann mit der „mittleren Reife“ Schluss machen, haben sie nicht – wie bisher – die gymnasiale Ausbildung „abgebrochen“, sondern sie haben die berufsbezogene wie die wissenschaftliche Ausbildung sinnvoll abgeschlossen. Selbstverständlich bleibt der gymnasiale Zweig, der zum Abitur führt, erhalten. In der Sexta soll der Förderunterricht auf das Fach Deutsch konzentriert werden, wo die Schülerinnen erfahrungsgemäß die meisten Lücken mitbringen.“

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ berichtet am 17. Juni 1969 über die Ausführung dieses Gedankens und schreibt:

„Erste Ganztagschule in Sicht. Katholische Konfessionsschule soll durch die neue Form erhalten bleiben.“

Mit Beginn des neuen Schuljahres im August wird Hannover eine erste „echte“ Ganztagschule bekommen. Ein entsprechender Beschluss ist jetzt vom Verwaltungs- und vom Schulausschuss in einer gemeinsamen Sitzung gefasst worden. Wenn – was wahrscheinlich ist – der Regierungspräsident seine Zustimmung gibt, wird die Eichendorffschule in eine Grundschule mit Vorschulklasse mit Ganztagsunterricht umgebildet. Es handelt sich hierbei allerdings um eine katholische Konfessionsschule, und die Umbildung ist nicht primär durch pädagogische Gesichtspunkte begründet. Vielmehr lag der Anlass darin, dass die aus dem bisherigen Einzugsgebiet der Schule – Linden Nord und Limmer – stammenden Kinder nicht mehr ausreichen, um die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl für das Fortbestehen der Konfessionsschule zu erlangen.

Daraufhin hat die Kirchenbehörde die Eltern in sechs angrenzenden Stadtteilen aufgefordert, ihre Kinder in der Eichendorffschule anzumelden. Die sich hieraus ergebenden langen Schulwege führten zu dem Plan, den Schulkindern im Schulgebäude ein Mittagessen anzubieten und den Unterricht auf den Nachmittag auszuweiten.

Für Baumaßnahmen und Einrichtung von Klassen, Küchen und Speiseräumen entstehen der Stadt als Schulträger einmalige Kosten von etwa 51000 Mark. Hinzu kommen jährlich laufende Zusatzkosten von rund 26500 Mark. Mit diesen Geldern sollen das Personal für die Essenausgabe und den Unterricht in der Vorschulklasse und die Kosten des Mittagessens für 20 bedürftige Schüler finanziert werden.

Die Klassen 5 und 6 sowie die Klassen 7 und 8 sind wegen der geringen Schülerzahlen gegenwärtig zu jeweils einer Klasse zusammengelegt. Künftig soll die Schule die Klassenstufen 1 bis 4 in je zwei Parallelklassen führen, ältere werden die örtlich zuständige Gemeinschaftsschule besuchen. Die gegenwärtigen Klassen 7, 8 und 9 sollen noch an der Eichendorffschule auslaufen.“

Nachdem sich auch das neue Schulsystem eingespielt hat, herrscht reges Leben in der Schule. Von allen Seiten her bringt der Üstra-Bus des Morgens die Kinder und bringt sie nachmittags wieder nach Hause. Es sind dann in der verbliebenen Freizeit die Schulaufgaben gemacht und die aufgegebenen Kapitel gelernt. „Herz was willst du mehr!“ Sicher wird sich mancher Vater, manche Mutter, wenn sie abends müde nach Hause kommt, freuen, keine Schulaufgaben mehr „pauken“ zu müssen.

Ehrlich gesagt, wir Alten würden ja auch noch etwas dabei lernen, denn die Lehrmethode ist heute ganz anders als wir vor X-Jahren die Schulweisheit büffelten.

So hoffen wir, dass die katholische Bekenntnisschule bei St. Benno in Hannover-Linden, die „Eichendorffschule“, unter der bewährten Leitung ihrer Lehrkräfte weiterhin zum Segen der ihr anvertrauten Kinder wirken möge.

Unermüdlich wird an dem Experiment „Fünf-Tage-Schule“ weiter gearbeitet, denn erst nach längerem versuch kann man über das Weiterbestehen urteilen. Aber in der Eichendorffschule „klappt der Laden“. So können wir in der Kirchenzeitung vom 8. März 1970 bereits einen Bericht über positive Beurteilung des neuen „Systems“ lesen. Wenn auch noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sind, hat die Schulleitung doch die feste Hoffnung, dass das Werk gelingen wird. Wir lesen:

„Hier stehen die Zeichen auf Fortschritt!

„Es gibt Sülze“, flüstert Thomas seinem Freund Peter zu. Während seine Klasse aus dem Speisesaal im Kellergeschoss nach oben steigt, schiebt sich auf der Treppe die „Zweite Schicht“ zum Mittagessen nach unten. Für einen Moment also sind sich die beiden Freunde auf der Treppe der Eichendorffschule in Hannover-Linden begegnet. Und der Moment reichte aus, für die wichtige Information „Sülze“. Während Peter schon weiter treppab steigt, wendet sich der achtjährige Informant noch einmal um und reicht den Kommentar nach: „Klasse!“ Sein Gesicht verrät Sachkenntnis. Peter kann sich darauf verlassen: Auch heute ist das Mittagessen wohl geraten.

Im Speisesaal stehen saubere Tische, an einem Schalter geben zwei freundliche Frauen das Essen aus, man wartet, bis jeder seinen Teller vor sich stehen hat, ein Kind spricht das Tischgebet und dann heißt es: Guten Appetit. Auch die Lehrer essen hier zu Mittag, zusammen mit ihren Schulkindern.

Was bisher keine Ganztagschule der Landeshauptstadt Hannover schaffte, ist in Linden bei Sankt Benno gelungen: Die Kinder bekommen täglich ein kräftiges Mittagessen, das von zwei Frauen der Pfarrgemeinde im nahen St. Josephs-Stift gekocht wird. Die Schwestern dort stellten großzügig ihre Küche zur Verfügung, obwohl sie schon genug um die Ohren haben. Sie sagten sich: An uns darf es nicht liegen, wenn der Plan misslingt...

Der „Plan“ ist nicht misslungen. Noch im vergangenen Jahr waren die katholische Eichendorffschule auf dem Aussterbeetat zu stehen. Nur noch 13 Kinder wurden als Anfänger angemeldet. Die Oberstufe litt an Schwindsucht, weil so viele Schüler den Sprung aufs Gymnasium oder die Realschule wagten. Für Rektor Karl-Egon Schädel und seine Mannschaft gab es damals einen schweren Entschluss: Die Oberstufe ab fünftem Schuljahr lassen wir schwimmen, sie ist nicht mehr zu halten. Dafür konzentrieren wir uns auf das erste bis vierte Schuljahr und bieten das Modernste, was es gibt: Die Ganztagschule. Unterricht bis nachmittags um vier, keine Schularbeiten, und samstags gehört Peter Vati: da gibt's keine Schule mehr.

Zwei Buslinien werden eingerichtet, um die Kinder aus einem größeren Einzugsgebiet zusammenzuholen. Die eine kommt von Ricklingen, die andere von Badenstedt. Dechant Oppermann, der sich auf Finanzen versteht, verhandelte mit der Üstra, das Fahrgeld zahlen die Diözese, die Pfarrgemeinde und das Bonifatiuswerk der Kinder zu je einem Drittel.

Das Lehrerkollegium stürzte sich mit Mut in das Abenteuer. „Ohne den Idealismus der Kollegen hätte ich das nie geschafft“ erklärte Rektor Schädel. Jetzt nämlich mussten sie Überstunden machen, sich an einen ganz neuen Arbeitsrhythmus gewöhnen. Sie mussten die neue Methode der „Übungsstunden“ einführen, die an die Stelle der bisherigen Hausarbeiten der Kinder trat. Sie mussten den Mittagsdienst übernehmen: die Kinder zum Händewaschen und zum Essen führen, anschließend für Ruhe sorgen, wenn sie in den beiden Schlafsälen ihre Mittagsruhe halten. „Unser System funktioniert“ sagt die Konrektorin Frau Margot Mainka. „Tüchtige Schüler können jetzt besser gefördert werden als bei den üblichen Hausarbeiten, und die langsameren Schüler werden von den endlosen Schularbeiten erlöst, bei denen der Übungswert doch nicht erreicht wird.“

Die Eltern finden das Ganze ausgezeichnet. Schon im Vorjahr gab es sechzig Neuanmeldungen, in diesem Jahr sind es schon über siebzig. Vielleicht muss man im ersten Schuljahr drei Klassen einrichten. Die Zahl nichtkatholischer Schüler ist gesetzlich begrenzt. Leider, sagen manche evangelischen Eltern. Sie würden gern ihre Kinder schicken, nicht nur wegen der Ganztagschule, auch wegen des christlichen Geistes, der hier herrscht...

Die Stadt Hannover hat das Projekt Eichendorffschule gefördert. Sie bezahlt die beiden Frauen, die das Essen ausgeben. Sie half bei der Herrichtung der Räume. Müsste nicht ein modernes Gebäude zur Verfügung stehen? Müssten nicht noch mehr Fachkräfte da sein, für Unterricht und Betreuung? Vom August an soll ein Schulkindergarten eingerichtet werden. Welche Pläne wird man noch entwickeln? Bei der Eichendorffschule in Linden stehen die Zeichen auf Fortschritt. Winfried Henze“.

Dieselbe Zeitung bringt in der gleichen Ausgabe noch eine Stellungnahme des Schulrates, wenn sie schreibt:

„Blume: Die Eltern haben das Experiment angenommen. Der Ganztagsversuch an der Eichendorffschule Hannover-Linden wird von der Schulverwaltung positiv bewertet.

„Der Versuch zeigt positive Tendenz“ erklärte Schulrat Blume vom Stadtschulamt Hannover gegenüber der Kirchenzeitung zur Ganztagschule mit Fünftageswoche in Hannover-Linden. Dort verzeichnet die katholische Eichendorffschule zurzeit zum zweiten Mal einen schönen Erfolg bei den

Schuleinschreibungen: Über siebzig Kinder wurden angemeldet. Schulrat Blume, der seitens der Verwaltung für die Eichendorffschule zuständig ist, misst dieser Tatsache große Bedeutung zu: „Die Eltern haben das Experiment angenommen. Das ist für uns der wichtigste Gesichtspunkt.“

Die Eichendorffschule wird nach Auskunft des Schulrats in diesem Jahr ihre „Abrundung“ erfahren: Die Oberstufe läuft aus. Ein Schulkindergarten wird am 1. August eingerichtet. Eine Vorschulklasse steht auf dem Programm, muss aber noch genehmigt werden. Wenn diese Pläne verwirklicht sind, wird die Eichendorffschule einen „Versuch 0 – 4“ mit allen Differenzierungsmöglichkeiten darstellen. Die Verwaltung verkennt nicht die Schwierigkeiten, die an der Eichendorffschule noch zu überwinden sind: Das Gebäude ist zu alt, auch ist darin noch eine Handelslehranstalt gastweise untergebracht. Die Stadt Hannover habe zwar schon einiges getan um den Schulbetrieb mit Mittagessen, Mittagsruhe und Übungsstunden zu ermöglichen, doch sei zum Beispiel die Einrichtung eines weiteren Speiseraumes nötig, damit der vorhandene Engpass überwunden wird, erklärte Schulrat Blume.

Wieder geht ein Schuljahr seinem Ende entgegen und neuer Nachwuchs muss kommen.

Die Kirchenzeitung bringt am 9. Januar 1972 einen Bericht über die Lehrarbeit in der verfloßenen Zeit und eine „Aufmunterung“ der Eltern zur Anmeldung ihre schulpflichtigen Kinder in die „Fünf-Tage-Schule“ der Eichendorffschule:

„Den ganzen Tag Schule? Die Eichendorff-Tagesheimschule in Hannover. Anmeldungen noch möglich.

Für viele Werktätige ist die Fünf-Tage-Woche schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Man hat sich daran gewöhnt, einen „freien“ Tag zu haben, an dem man basteln und werken, ausspannen, im Garten arbeiten kann, je nachdem. Man könnte auch zwei Tage ins Grüne oder im Winter ins „Weiße“ fahren, wenn...

Ja, wenn man die Kinder nicht hätte, die am Samstagvormittag in die Schule müssen. Natürlich gibt es auch das andere: die Mutter, die sich freut, dass sie die Kinder am Samstagvormittag nicht am Schürzenband hat. Und den Vater, der ähnlich denkt. Aber den Wunsch, ein freies verlängertes Wochenende für die gesamte Familie, also die Fünf-Tage-Woche auch in der Schule einzuführen, ist doch bei vielen da.

Es gibt sogar pädagogische Überlegungen, die in diese Richtung zielen. Natürlich, sagen die Pädagogen, kann man den Samstag nicht verschenken. Ebenso kann man die ausgefallenen Stunden nicht auf mehrere Nachmittage verlegen und zusätzlich noch von den Kindern Schularbeiten verlangen. Das Endergebnis der hier weiter geführten Überlegungen heißt Tagesheimschule. Eine von ihnen, die Eichendorffschule in nächster Nähe der St. Benno-Kirche in Hannover-Linden, ist eine katholischen Bekenntnisses. Die Kinder kommen morgens zu einer üblichen Zeit zum Unterricht, werden mittags aus einer Großküche beköstigt, haben anschließend Ruhezeit, die strikt eingehalten wird (die Kinder schlafen in besonderen Räumen auf bequemen Liegen) und haben dann am Nachmittag noch einige Stunden, die vordringlich der Wiederholung und Vertiefung des am Vormittag erlernten und dem Sport dienen. Schularbeiten sind in den Tagesrhythmus integriert und am Samstag ist schulfrei.

Das alles hat sich an der Eichendorffschule seit langem eingespielt. Am 23. Juni vorigen Jahres hat das darin Ausdruck gefunden, dass diese Organisationsform durch Erlass des Kultusministeriums in die Schulversuchsreihe aufgenommen wurde. Sie fand auch in der Öffentlichkeit reges Interesse, u. a. hat Professor Laurin von der Technischen Universität eine Erhebung über die Schule angestellt.

Zu beachten ist, dass bis zur offiziellen Anerkennung durch den Niedersächsischen Kultusminister über allgemeine Schwierigkeiten hinaus auch eine Fülle von Vorurteilen überwunden werden mussten. Dass die einzige Tagesheimschule der Landeshauptstadt zu dem wurde, was sie heute ist, verdankt sie der Elterninitiative und dem unermüdlichen Einsatz eines pädagogisch aufgeschlossenen und engagierten Lehrerkollegiums.

Als Grundschule umfasst die Anstalt nur vier Schuljahrgänge. Vom 3. Schuljahr an wird Englisch gelehrt. Mit Beendigung des vierten Schuljahres (nach Ableistung der Grundschulpflicht also) werden die Kinder dann an weiterführende Schulen, an eine Hauptschule, Realschule oder an ein Gymnasium überwiesen.

Der Schule vorgeschaltet ist eine sogenannte Vorklasse, die von den Kindern besucht werden kann, die noch nicht schulpflichtig sind, aber bis zum 30. Juni des Einschulungsjahres das fünfte Lebensjahr vollendet haben. Ferner ist ein Schulkindergarten für diejenigen Kinder eingerichtet, die zwar schon schulpflichtig sind, aber aus irgendwelchen Gründen den Anforderungen des ersten Schuljahres noch nicht vollauf gewachsen sind.

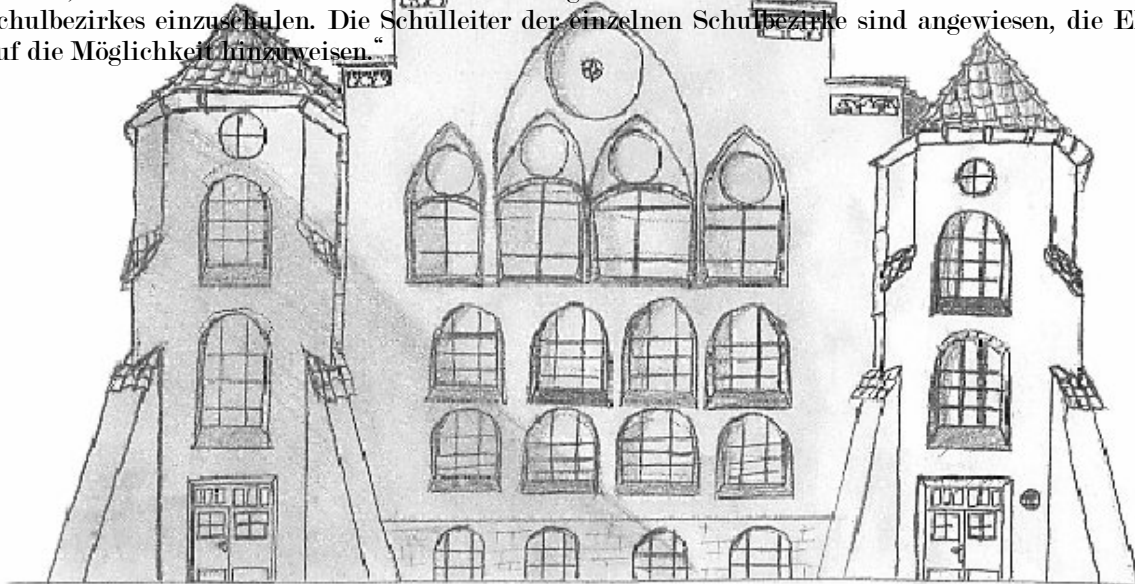
Auch an der Eichendorffschule fehlen heute Lehrkräfte, trotzdem kann ein volles Zeitangebot dank des tatkräftigen Einsatzes des gesamten Lehrpersonals, dank der Tätigkeit von Studenten und mit Hilfe von Schülerinnen der Hedwig-Heyl-Schule, die hier ihr obligatorisches Schulpraktikum als

Erzieherinnen ableisten, durchgeführt werden. Hier taucht allerdings die naheliegende Frage auf, ob nicht auch einschlägige Institutionen aus dem katholischen Raum ihren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben sollten, ihr Praktikum an dieser – oder einer anderen katholischen Schule Hannovers – zu absolvieren.

Einiges ist außerdem noch wichtig zu wissen: Die Mahlzeiten werden gemeinsam mit den Lehrern in einem freundlichen Speiseraum eingenommen. Die Kost ist vorzüglich. Die Unkosten betragen pro Mahlzeit 1,70 DM, wozu die Eltern 1,10 DM beitragen müssen. Die Kinder kommen aus Ricklingen, Linden-Mitte, aus der Calenberger Neustadt, Badenstedt, Davenstedt, Linden-Nord und aus Ahlem. Schon daraus ist zu ersehen, dass es sich bei der katholischen Eichendorffschule um eine sogenannte Angebotsschule handelt, die an kein fest umgrenztes Einzugsgebiet (an einen Schulbezirk) gebunden ist. Sie unterhält mit Hilfe der Diözese Hildesheim einen Schulbus-Zubringerdienst, der für die Eltern vollkommen kostenfrei ist. Wenn die Schülerzahlen den Kostenaufwand rechtfertigen, ist eine Ausdehnung dieses Zubringerdienstes auf weitere Stadtgebiete durchaus möglich.“

Und ein wichtiges Nachwort:

„In Hannover hat es bei der offiziellen Benachrichtigung der Eltern, ihre schulpflichtig werdenden Kinder in den zuständigen Schulbezirken zum Besuch der Grundschule anzumelden, eine Panne gegeben: Die katholischen Bekenntnisschulen wurden nicht erwähnt. Auch die „überregionale“ Eichendorffschule nicht. Zwar wurde das Versäumnis durch eine kleine Zeitungsnotiz richtiggestellt, aber die verhältnismäßig geringe Anzahl der Anmeldungen für die katholischen Schulen hat doch gezeigt, dass die Berichtigung nicht überall durchgedrungen ist. Es wird deshalb darauf hingewiesen, dass alle im Jahre 1972 schulpflichtig werdenden Kinder katholischen Bekenntnisses auch dann noch für die Eichendorffschule oder jede andere katholische Grundschule in der Stadt angemeldet werden können, wenn die Eltern bereits die Aufforderung bekommen haben, ihre Kinder in der Schule ihres Schulbezirkes einzuschulen. Die Schulleiter der einzelnen Schulbezirke sind angewiesen, die Eltern auf die Möglichkeit hinzuweisen.“



JAV
2003